

# Der Grundstein

## Wochenblatt des Deutschen Bauarbeiterverbandes

### Verständigungsblatt der Zentral-Krankens- und Sterbefälle der Bauarbeiter „Grundstein zur Einigkeit“ Zusatzklasse

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche. Bezugspreis für das Vierteljahr M. 3 (ohne Postgeb.) bei Zusendung unter Kreuzband M. 3

Herausgegeben vom Deutschen Bauarbeiterverbande Hamburg 25, Wallstr. 1

Schluss des Blattes: Montag vormittag 10 Uhr. Vereins-Anzeigen werden mit 30 Pf für die dreigespaltene Zeile oder deren Raum berechnet

### Typenhäuser.

Ein Vorschlag für die Vereinfachung und Beschleunigung der Neubaulität.

Von Dr. Hans Kampffmeyer, Karlstraße.

Die Wohnungsnot ist ständig im Steigen begriffen. Zwar sind in vielen Städten von den Wohnungszümmern durch die tatkräftige Durchführung der Zwangsrationierung zahlreiche neue Wohnungen bereitgestellt worden, aber noch stärker wuchs die Nachfrage der zurückkehrenden Soldaten, der heimkehrenden Gefangenen, der Flüchtlinge aus den besetzten Gebieten und vor allem der neugegründeten Haushaltungen. Doch die Zwangsrationierung kann nur vorübergehend eine Linderung der Wohnungsnot herbeiführen. In den meisten Fällen führt sie zu Zuständen, die für alle Teile wenig befriedigend sind.

Eine Abhilfe der Wohnungsnot kann nur durch eine großzügige Neubaulität erreicht werden. Wenn die Neubaulität des Jahres 1919 nicht im entferntesten dem Bedarf entspricht, so ist das vor allem auf die vollständig ungenügenden Mittel zurückzuführen, die von Reich, Staat und Gemeinden hierfür zur Verfügung gestellt wurden. Aus allgemeinen Steuermitteln lassen sich die ungeheuren Beträge nicht bestreiten, sondern nur dadurch, daß man zur Deckung des nicht rentablen Mehraufwandes der Neubauten eine Umlage von den billig erstellten bestehenden Wohnungen erhebt, wie ich das in meinem Gesetzentwurf für die Sozialisierung des Wohnungswesens vorgeschlagen habe.

Der auf die Kostennot zurückzuführende Mangel an den bisher gebräuchlichen Baustoffen bildet für die zur Befriedigung der Wohnungsnot unbedingt erforderliche großzügige Neubaulität nur so lange ein Hindernis, als wir es nicht verstehen, die Bautechnik den veränderten Verhältnissen anzupassen. Diese Umstellung wurde im vorigen Jahre nur in sehr unvollkommener Weise erreicht. Es kann jedoch keinem Zweifel unterliegen, daß wir mit Hilfe der verschiedenen kostensparenden Bauverfahren, insbesondere durch Verwendung von Holz und Lehm (vor allem lufttrockene Backsteine mit Lehmwolle vermauert) die Menge von Wohnungen herstellen können, für die wir das nötige Kapital aufzubringen vermögen. Angesichts der ungeheuer gestiegenen Baustoffen muß alles getan werden, um durch technische und organisatorische Fortschritte Ersparnisse zu erzielen. In den nachstehenden Ausführungen soll auf einen noch nicht betretenen Weg hingewiesen werden, der zu diesem Ziel führt.

Es sollte für einen größeren, noch klümm und Wohnsitz einheitlichen Bezirk, vielleicht von der Größe einer preussischen Provinz, eine Anzahl von Hausstypen sorgfältig durchgearbeitet werden, wie sie den Bedürfnissen eines in der Vorstadt oder auf dem Lande wohnenden Arbeiters, eines Angehörigen des Mittelstandes, eines Kleinen und eines mittleren Bauwirts entsprechen. Man würde vielleicht zu fünf bis sechs Typen kommen, die alle sämtlich die gleiche Hausgröße haben sollten, damit einheitliche Maße für die Deckenbalken, Dachsparren, Treppen und dergleichen gegeben sind. Die Ställe und andere Wirtschaftsgebäude konnten je nach Bedarf den einzelnen Hausstypen angefügt werden, jedoch sich eine ganze Anzahl von Varianten ergeben würden. Diese Hausstypen müßten in allen Einzelheiten sorgfältig durchdacht und fabrikmäßig hergestellt werden, jedoch der Besteller nach einem Katalog sich das Wohnhaus und auch die Nebengebäude aussuchen und unter Heranziehung von ein paar ordentlichen Handwerkern rasch aufstellen kann. Zur Durchführung dieses Bauprogramms kommt wohl in erster Linie der Fachwerkbau in Betracht, der in vielen Teilen Deutschlands durchaus hohlenständig ist. Allerdings waren diese Häuser meist in Zellen gebaut, in denen das Holz noch ein billiger Baustoff war, und man nahm inselgebundene Balkenstützen, die bei den jetzigen Holzpreisen unwirtschaftlich wären. Es müßten nun Fachwerkhäuser konstruiert werden, bei denen die Balken auf Grund genauer Berechnung auf die unbedingt notwendige Stärke reduziert werden. Wie bei den

englischen Fachwerkhäusern, müßten alle Streben vermieden werden. Wenn Kuffeln werden provisorisch Streben außen angehängt werden. Sobald die Fache mit Backsteinen ausgefüllt sind, werden die Streben überflüssig. Die Fache müssen genau den Backsteinmassen angepaßt werden, jedoch jedes unnötige Bearbeiten weglassen. Für die Außenseiten wäre eine Verankerung, in Giebeln, in denen Schindeln läufig sind, eine Verankerung vorzuziehen. Fenster, Türen, Treppen und dergleichen müssen den Massen, die der Normenausschuß festgelegt hat, entsprechen. Alle Bauteile, Balken, Bretter und dergleichen wären in übersichtlicher Weise zu kennzeichnen, jedoch die Zusammenlegung an der Hand einer mitgegebenen Anleitung leicht gelingen könnte. Auf Wunsch könnte auch ein sachverständiger Bauhandwerker oder Polier entsandt werden.

Die Anfertigung und Lieferung dieser Hausstypen könnte durch die schon bestehenden oder zu gründenden sozialen Bauunternehmungen in die Wege geleitet werden. Die Baustoffdarlehen von Reich, Staat und Gemeinde könnten in natura gegeben werden. Wenn die Stellen, die die Baustoffdarlehen zu vergeben haben, sich hierüber verständigen, so würde von vornherein die Durchführung des Unternehmens sichergestellt werden, denn man wüßte dann im voraus, daß von den einzelnen Baustypen hunderte und tausende benötigt würden, eine Fabrikation im Großen sich also lohnt. Die Sägereien könnten sich dann ganz darnach einrichten, so daß Balken, Bretter und dergleichen in den richtigen Abmessungen geschnitten werden und kein Abfall entsteht.

Gegen diesen Vorschlag wird wohl vor allen Dingen das Bedenken erhoben werden, daß hierdurch der Architekt ausgeschaltet und die häufige Wiederholung der Baustypen sehr einseitig und ungesund wirken würde. Demgegenüber sei darauf aufmerksam gemacht, daß bei den kleinen Bauaufgaben auf dem Lande und in den Vororten schon jetzt fast nie der Architekt herangezogen wird, sondern diese Aufgaben vom Bauunternehmer oder Bauhandwerker durchgeführt werden. Gegen die Verwendung von Typen jedoch bestehen keinerlei künstlerische Bedenken. Bei dem Errichten von Städten, wie Karlstraße und Mannheim, wurde von vornherein den Architekten nur die Wahl zwischen ganz wenigen Baustypen gegeben und gerade dadurch haben die Städte ihr charakteristisches baufälliges Gepräge erhalten. Ferner haben sich in den verschiedenen Gegenden Deutschlands für die Bedürfnisse der Bauern durchaus einheitliche Baustypen herausgebildet, und die schönen Siedlungsörter, wie sie etwa unter Friedrich dem Großen in einer noch für die heutige Zeit musterhaften Weise angelegt wurden, bezeugen sich einheitlicher Baustypen, deren Wiederholung geradezu den besonderen Reiz dieser Straßen- und Platzanlagen bildet. Wir müssen uns daran gewöhnen, daß die Tätigkeit des Architekten in einer Zeit äußerster Verarmung nicht darin bestehen kann, einzelne Kleinbauten möglichst abwechslungsreich zu gestalten, sondern gute Baustypen, die die Bedürfnisse der Bewohner zweckmäßig befriedigen, künstlerisch einwandfrei zu gestalten und in Straßen und Plätzen so zu gruppieren, daß ein gutes Gesamtbild entsteht. Wenn aus wirtschaftlichen Gründen derartige Baustypen fabrikmäßig hergestellt werden, so bleibt für den Architekten in diesem Fall nur noch die begrenzte Aufgabe übrig, an der Durcharbeitung dieser Typen tatkräftig mitzuarbeiten und sie unter Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse gut zu gruppieren.

### Die Reichseisenbahnen.

Von Dr. Oscar Stille.

Das große Ereignis der letzten Zeit auf dem Gebiete des Verkehrswesens ist der Übergang der Staats-Eisenbahnen auf das Reich. Das Bismarck ohne Erfolg in Angriff nahm — was ihm, dem Mächtigen, nicht gelang —, das wurde jetzt unter dem eisernen Zwang gemeinsamer Not der deutschen Länder zur Tatsache: Die Reichseisenbahn. Der Vertrag in seiner Doppelnatur, einer der bedeutungsvollsten Staatsverträge und -gesetze,

die jemals einem Parlament der Welt vorgelegt wurden“, zugleich „die größte und gewaltigste Finanztransaktion, die jemals in der Weltgeschichte dagewesen ist“, datiert zwar vom 30. April, ist aber rückwirkend bereits seit dem 1. April 1920 in Kraft. Er wurde abgeschlossen zwischen dem Reich und folgenden 8 Eisenbahnstaaten: Preußen, Bayern, Sachsen, Württemberg, Baden, Hessen, Mecklenburg-Schwerin und Oldenburg. Sein Inhalt ist im Reichsgesetzblatt (Nr. 95 von 1920) amtlich bekanntgemacht.

Damit ist eine ganz neue finanzielle Situation geschaffen, die das Verhältnis der Aktien und Passiven in den einzelnen Ländern von Grund auf ändert. Die Länder werden mit einem Schläge schuldenfrei. Denn sie haben ihr wertvollstes Vermögensobjekt, die Eisenbahnen, an das Reich abgetreten. Der ihnen dafür gezahlte Preis ist sehr hoch. Die Summe ist noch nicht genau berechnet, beläuft sich aber auf etwa 43 Milliarden, abzüglich des Preises für die in den abgetretenen Gebieten liegenden Eisenbahnen, für die die ehemaligen Feinde Ersatz geben, auf rund 40. Die Grundzüge für die Normierung dieses Tiefenpreises auf Grund des sogenannten statistischen Anlagekapitals der Eisenbahnen werden wir noch kennenlernen. Hier kommt zunächst die Wirkung dieses Übergangs in Betracht. Sie bestand darin, daß die Länder nicht nur, wie bereits angedeutet, schuldenfrei wurden, sondern noch Forderungen an das Reich übrig blieben. Die einzelnen Länder verhandelten sich damit aus Debitoren zu Kreditoren, die über Kräfte verfügten. So verlor Preußen zum Beispiel ein Ueberfluß von 3½ Milliarden Mark, Bayern und Württemberg ein solches von etwa einer halben Milliarde, und wenn man die Entschädigung für die Postanstalten hinzurechnet, die gleichfalls in die Hände des Reiches übergingen, ein solches von etwa 1¼ Milliarden. So sind, rein formal betrachtet, aus den 14 Milliarden. So sind rein formal betrachtet aus den früheren stark verschuldeten Staaten öffentliche Körper geworden, die nicht nur einen beträchtlichen Ueberfluß in Gestalt von Forderungen haben, sondern deren ganzes übriges Vermögen, wie Domänen, Forsten, Bergwerke usw., nunmehr völlig schuldenfrei ist.

Die Länder haben sich aber auch für die ihnen aus dem Verkauf der Eisenbahnen zustehenden Forderungen gesichert. Sie haben sich ein Pfandrecht an diesem gewaltigen Vermögenskomplex ausbedungen. In § 6 des Staatsvertrages heißt es: „Auf Verlangen eines Landes wird das Reich zur Sicherung des gestundeten Teiles der Abfindung den Ländern ein Pfandrecht an den zum Eisenbahnunternehmen des Reiches gehörigen Grundstücken und sonstigen Vermögensgegenständen einräumen.“ Man kann nicht gerade behaupten, daß in dieser Bestimmung ein großes Vertrauen der Länder in die Kreditwürdigkeit des Reiches zum Ausdruck käme. Diesen Standpunkt hat auch der parlamentarische Berichterstatter in dieser Frage bei Beratung des Gesetzes eingehend betont. Er sagte: „Es spricht ein eigentliches „Vertrauen“ der Länder zu den finanziellen Qualitäten des Reiches und der Leistungsfähigkeit und der Sicherheit des Reiches für seine Schulden aus der Konstituierung eines derartigen Rechts. Das sieht ja beinahe so aus, als ob der Personalkredit des Reiches, wenn man das so sagen darf, nicht einmal mehr den Ländern für ihre Forderungen genüge, sondern daß diese hypothekarische Sicherungen verlangen müßten, wenn sie dem Reich überhaupt noch etwas hergeben wollten.“ Das die einzelnen Länder dem Reich so wenig trauen, daß sie sich ein Pfandrecht an den Eisenbahnen ausbedungen haben, ist auch deshalb zu behaupten, weil es sich doch hier um Glieder einer Familie handelt, die unter dem Schutze des

\* Worte des Reichsberichterstatters Bell bei der zweiten Beratung des Gesetzesentwurfs in der Nationalversammlung am 24. April 1920, S. 6405.

\*\* Worte des deutschen volksparteilichen Abgeordneten Garmisch in der verfassungsgebenden preussischen Landesversammlung; 134. Sitzung am 21. April 1920, S. 10749.

\*\*\* Dr. Weder in der 170. Sitzung der Nationalversammlung vom 24. April 1920, S. 5402.



Welches seien. Die Regierungen der einzelnen Länder haben sich dem Reiche wie fremde Kontrahenten gegenübergestellt und ohne Rücksicht auf die finanzielle Krise, in der sich das Reich zurzeit befindet, von ihm „herausgeholt, was herauszuholen war“. Es ist aber noch nach einer andern Richtung hin für die Gesamtinteressen von Nachteil. Die Reichseisenbahnen stellen einen großen selbstwirtschaftlichen Körper dar. Sie werden sich selbst unterhalten müssen. Dazu werden sie einer Milliarden-anleihe bedürfen. Diese aber wird sich nur dann begeben lassen, wenn sie fundiert ist, das heißt auf Verpfändung der Objekte beruht. Haben nun schon die einzelnen Länder ein solches Pfandrecht, so kann es den neuen Privatgläubigern nicht ebenfalls zugefunden werden. Es sei denn, daß sie mit einer zweiten Hypothek zufrieden wären. Die Aufnahme einer Anleihe wird daher sehr erschwert sein.

Die wichtigste Frage, die besonders für eine kommende Rentabilität der Reichseisenbahnen von Bedeutung ist, ist die folgende: Sind die Reichseisenbahnen überkapitalisiert? Ist also der Kaufpreis von 40 Milliarden zu hoch oder entspricht er dem wirklichen Wert der Bahnen?

Diese Frage läßt sich zurzeit noch nicht vollständig beantworten, denn die Antwort hängt von der weiteren Gestaltung unserer Valuta ab. Wir wollen uns zunächst klarmachen, wie der Kaufpreis zustande gekommen ist. Der Wert der deutschen Eisenbahnen ist berechnet nach dem statistischen Anlagekapital auf Grund des Standes vom 31. März 1920. Dieses ist nicht identisch mit dem Buchwert. Denn der Buchwert enthält Zu- und Abziehungen. Der statistische Anlagewert aber umfaßt das ganze Kapital, das in die Eisenbahnen, selbst wenn sie sich im Staatsbetrieb befinden, hineingesteckt worden ist. Zu diesem Kapital gehören zum Beispiel auch die Zuschüsse, die Gemeindeverbände oder Private zum Bau einer Eisenbahn à fonds perdu hergegeben haben, das heißt also dem Staate geschenktes Kapital.

Zu diesem statistischen Anlagewert kommt nun weiter ein Valutazuschlag. Die Entwertung des Geldes gelangt darin zum Ausdruck, daß 1 M nur noch etwa den zehnten Teil ihres früheren Wertes besitzt, obgleich wir in Ermangelung einer deutschen Indizesziffer die genaue Abnahme des Wertes nicht nachprüfen können. Aber nehmen wir an, das Verhältnis sei richtig, dann wäre eine Goldmark = 10 Papiermark. In Anbetracht eines solchen ungeheuren Disparos wurde nun in einzelnen Eisenbahnländern die Forderung vertreten, daß das Reich den zehnfachen Betrag des Friedenswertes der Eisenbahnen zahlen müsse. Es wurde dem Reiche angeschlossen, den Ländern ein mit 10 multipliziertes statistisches Anlagekapital als Kaufpreis zu kongedieren. So der Abgeordnete Gornisch: Das statistische Anlagekapital der preussischen Bahnen beträgt 18,5 Milliarden Goldmark. Statt eines Valutazuschlages um ein Drittel (also ein Kaufpreis von 24,5 Milliarden) — ohne das noch zu besprechende Defizit von 6 Millionen — hält er einen um das zehnfache höheren Preis für richtig. Er beziffert daher den Augenblickswert der preussischen Bahnen auf 180 Milliarden Papiermark (a. a. O. S. 10 752). Aber diese Rechnung ist nicht durchgebungen. Denn kein Unternehmer würde heute im-

stande sein, die Bahnen zu diesem Preise zu kaufen. Daher ist ein derartiger Preis rein fiktiv. Trotzdem ist natürlich die Geldentwertung auf die Höhe des Kaufpreises nicht ohne Einfluß gewesen. Der Zuschlag zum Anlagewert, der den Ländern im Vergleichsvertrage zugestimmt wurde, entsprach einer Geldentwertung um ein Drittel. Der Preis ist also 33 % höher als der Anlagewert.

Dazu kommt dann noch ein Drittes. Die Länder erhalten, gleichgültig, ob sie das Anlagekapital oder einen mittleren Vertragswert\* zurückerhalten bekommen, die Fehlbeträge, die ihnen der Eisenbahnbetrieb in den Jahren 1914 bis 1920 gebracht hat.

Der Krieg hat bekanntlich den Ueberschuß der Friedensjahre in den letzten Jahren in ein beträchtliches Defizit verandelt.\*\* So hatten zum Beispiel die preussischen Eisenbahnen in den letzten Kriegsjahren einen Fehlbetrag von 6 Milliarden.

1914	Ueberschuß	+ 103	Millionen Mark
1915	„	+ 851	„
1916	„	+ 444,9	„
1917	„	+ 149,9	„
1918	Fehlbetrag	- 1712,0	„
1919	„	- 4300	„

Rechnlich gestalteten sich die Verhältnisse in den andern deutschen Eisenbahnländern. Dieses Defizit wird nun durch das Reich gedeckt und die Länder bekommen es in dem Kaufpreis vergütet.

Es darf daher nicht wundernehmen, daß die Abfindung sehr reichlich erscheint, denn sie umfaßt nicht den bedeutend niedrigeren Buchwert der Bahnen, sondern ihren statistischen Anlagewert plus Valutazuschlag plus Fehlbeträge.

Da nun die Verzinsung einer Funtion der Kapitalgröße ist, so wird die neue Reichsbahn zunächst einen Ueberschuß der Erträge über die angewendeten Mittel nicht aufweisen können. Im ersten Hauptortanschlusse für die Reichseisenbahnen wird mit einem Defizit von 12 Milliarden gerechnet.\*\*\* An der Wiege der neuen Verwaltung stehen daher schwere finanzielle Sorgen. Durch weitere Tarifserhöhungen kann dieser Fehlbetrag nicht herausgeholt werden.

Aber der rasche Uebergang der Staatseisenbahnen auf das Reich war trotzdem notwendig, wollten wir nicht großen Verkehrskatastrophen entgehen; denn nur durch das Reich läßt sich die schwere Erkrankung heilen, in die unser ganzes Eisenbahnwesen durch den Krieg gekommen ist. Nur durch die Vereinheitlichung läßt sich wieder Ordnung und Wirtschaftlichkeit in diese großen Lebensadern unseres Reiches bringen; nur durch sie lassen sich auch die Forderungen auf sozialem Gebiete in Form einer Anpassung der Löhne für die Eisenbahnarbeiter in ganz Deutschland an die durch die Preisrevolution geschaffene Lebenslage. Allerdings wird diese

\* Siehe Staatsvertrag § 3: Der Betrag des Anlagekapitals nach dem Stande vom 31. März 1920 erhöht sich um die Hälfte des Wertes, um den der nach den Ergebnissen der Rechnungslegung 1909 bis 1913 ermittelte Ertragswert dieses Anlagekapital übersteigt.

\*\* Ueber die Gründe dieses Defizits siehe meine Broschüre: Die wahren Ursachen unserer Wirtschaftskrisis und Finanznot. 1. bis 10. Auflage. Berlin, 1920. S. 22. \*\*\* Stenographische Berichte. S. 5401.

Aufbesserung den Etat des Reiches mit einem Mehraufwand von 2½ Milliarden Mark belasten. Gabelt es sich doch bei diesem größten Unternehmen, das das Reich jetzt betreibt, um rund 370 000 Beamte und 650 000 Arbeiter und Hilfsbeamte. Mit der neuen Ordnung wird also nicht nur der Verkehr vereinfacht, sondern auch die Wirtschaftlichkeit beibehalten, die der Bestohlung der Eisenbahnbediensteten der einzelnen deutschen Länder bisher anhaftete. Und diese Tatsache wird auch von den Eisenbahnern freudig begrüßt.

### Wiederaufbau Nordfrankreichs.

Der Nr. 219 des „Vorwärts“ entnehmen wir nachstehenden Artikel:

Der bekannte Großindustrielle Kommerzienrat Julius Berger, der Mitglied der Sachverständigenkommission für den Wiederaufbau Nordfrankreichs war, schreibt die Thema in einem Artikel der „Westfälischen Zeitung“ vom 23. Juni an. Die sachliche Darstellung, die Berger von dem ganzen Verlauf der Angelegenheit gibt und die bis auf einen Punkt richtig ist, widerlegt die Vorwürfe und Anwürfe, die in derselben „Westfälischen Zeitung“ gegen die bisherige Regierung gemacht wurden.

Berger stellt zunächst fest, daß die Verhandlungen zwischen Deutschland und Frankreich zu einem positiven Ergebnis nicht geführt haben. Berger sagt nicht wörtlich, daß man einen Vertrag unter die Vergangenheit machen müsse und sozusagen den Wiederaufbau auf einer neuen Grundlage beginnen müsse, und zwar „um diese Angelegenheit zu einem für Deutschland und Frankreich gleich annehmbaren und gleich erfrischenden Ende zu führen“. Mit dieser allgemeinen Voraussetzung find auch wir einverstanden. Wir sind gleichfalls der Ansicht, daß Frankreich „in absehbarer Zeit“ nicht in der Lage sein wird, den äußerst dringenden Wiederaufbau selbst auszuführen. Wir finden es gleichfalls richtig, daß die Arbeitslosenfrage in Deutschland, als Folge der Demobilisierung, statt mit Notstandarbeiten, die nur teilweise „werbende Werte“ schufen, besser überwunden werden würde und werden würde durch eine aktive Beteiligung am Wiederaufbau in Nordfrankreich. Berger kommt dann selbst zu dem Schluß: „Der Durchführung dieser Gedanken sehen ernsthafteste Hindernisse auf deutscher Seite nicht entgegen.“ Weder von den Unternehmern noch von der Arbeiterschaft, sofern dieser „die Erfüllung ihrer berechtigten Ansprüche in sozialer und finanzieller Hinsicht garantiert wird.“

Berger führt dann die Bedenken an, die angeblich von französischer Seite gegen eine aktive Beteiligung Deutschlands am Wiederaufbau geltend gemacht werden. Das eine wäre die wirtschaftliche Kräftigung und dadurch die Stärkung des nationalen Selbstbewußtseins und der kriegerischen Instinkte Deutschlands. Obwohl uns nicht bekannt ist, daß ein derartiges Argument jemals geltend gemacht wurde, halten wir es doch für möglich. Denn den Nationalisten, und die regieren heute in Frankreich, ist das dümmste Argument noch lange nicht bumm genug. Was Herr Berger gegen die geplante internationalen Anleihe vortreibt, ist durchaus vornehm, wenigstens soweit es sich auf den Wiederaufbau Nordfrankreichs und nicht auf die Beschaffung von Rohmaterialien und Lebensmitteln bezieht.

### Das Geld Robinson Crusoes.

Nach David H. Wells von Ernst Robert.

IV. (Fortsetzung aus Nr. 2.)

Schon war dem Silber ein gewichtiger Konkurrent entstanden im Golde. Arme Goldsauer hatten die ersten Schmieden des gelben Metalls hoch droben im Gebirge in einem trockenen Bluhbett gefunden. Die Proben erregten in einer Herberge die Aufmerksamkeit eines Metallhändlers, der nach gründlicher Untersuchung eine Goldwäscherei an jener ersten Fundstelle einrichtete. Man sammelte das Waschgold als sogenanntes Goldstaub in Weuteln, die als Ware und bald auch als eine Art Geld zuerst in der Fundgegend und dann auf der ganzen Insel von Hand zu Hand gingen. Als man geraume Zeit später auch Gebirgsbären entdeckte, kam es auch in Form von Skrupeln und Barren in den Handel. Man lernte man jene besonderen Eigenschaften dieses Metalls kennen und schätzen, die ihm, abgesehen von seiner größeren Seltenheit, den Handelsvorzug und damit den höheren Wert gegenüber dem Silber sicherten. Es war nicht nur dem Einfluß der Witterung noch weniger unterworfen, es ließe auch der zerfressenden Einwirkung fast aller anderen Stoffe, es ließ seinen Feinheitsgrad bei Mischungen deutlich hervorstrahlen und es empfahl sich durch seinen Glanz, der es als Schmuckgegenstand in den verschiedensten Formen und zu mannigfaltigen Zwecken tauglich, allgemein und dauernd beliebt machte. Zur Beachtung es damit ansehens so wenig wie das feinerere und weit kostbarere Platin als Münzstoff in Betracht zu kommen. Genügte doch das Silber anseinen allen Anforderungen, die an das Geld erfahrungsgemäß gestellt werden mußten. Trotzdem entschieden sich die staatlichen Sachverständigen aus praktischen Gründen für die Einführung und Verwendung goldener Münzen. Schon lange hatte man in den eigentlichen Handelskreisen, aber auch sonst den Mangel an größeren Münzen unangenehm empfunden. Silbermünzen solchen Wertes wurden leicht zu umfangreich, zumal für den kleinen Geldbeutel, der

immer mehr an die Stelle des ursprünglichen Gelds, der sogenannten Geldsack, getreten war. Man stellte nun, um diesem Mangel abzuhelfen, einen doppelten Crusoe her und nannte ihn Doppel-Crusoe oder Robinson-Crusoe, im Volksmund kurzweg als Robinson bezeichnet. Das Wertverhältnis der beiden Metalle und damit die Prägung regelte sich nach einem festen Maße, der dem augenblicklichen und wie es schien, dauernden Handelsverhältnis der beiden Metalle entsprach. Gold hatte und behielt etwa den zehnfachen Wert des Silbers, und danach bestimmte sich die Prägung. Sie schied nach wie vor auf der festen Silbergrundlage auf. Allerdings war man damit von der reinen Silber- zur Doppelwährung übergegangen. Das Wort Währung für das gesetzliche Zahlungsmittel war gekommen, als das Silber nur in einem oder anderen Gewichte für die Zahlung diente, während das Gold erst nach einiger Zeit gesetzlichen Zwangsverpflichtung erhielt. Der Schuldner nahm es auch ohne solchen Herdizil gern — lieber als das Silber. Das zeigte sich nur zu bald. Man hatte nämlich nicht genügend mit dem Umlauf gerechnet, daß sich das Wertverhältnis der beiden Metalle plötzlich ändern und bawachen Schwankungen unterliegen könne. Gewiß, lange war es gleich geblieben. Aber eines Tages stellte es sich heraus, daß die Insel weit reicher an Silberminen war, als man ursprünglich vermutet hatte. Die natürliche Folge war ein gewaltiger Preissturz des Silbers. Wofür war inzwischen auch das Berggold neben das des Flusses getreten. Dem entsprach jedoch eine gesteigerte Inanspruchnahme für die Zwecke der Luxusindustrie. Der war als das Silber, so standen nun die beiden Metalle in ihrem Wertverhältnis wie 1 : 15, dann wie 1 : 20 und schließlich gar zu 30. Das Silber war um die Hälfte entwertet, Gold noch einmal so teuer geworden. Was hatte das nun zur Folge? In der handbündigen Erörterung, die Schwankungen des Silbers würdigen aufzudecken, sein Markt wert sich wieder erhöhen und

damit der Preis in die Höhe gehen, hatte man das gesetzliche Wertverhältnis betreten. Jeder trug nun sein Silber zur Münze, um es als Geld wieder zurückzuerhalten. Ein gutes Geschäft. Man konnte bis zu 100 pSt. davon verdienen. Man lieh sich das Silber von jedem in Zahlung genommenen werden. Der Schuldner hatte, bezahlte sie reich mit Silbergeld. Das festgelegte Wertverhältnis, der gesetzliche Zwangsverpflichtung und das Recht der freien Ausprägung die Kennzeichen der eigentlichen Doppelwährung — führten zurück zur einfachen Währung des schiederen Metalls. Da den Nationalisten, was das Geld des Landes? Das der Natur, der Wirtschaft, der Bevölkerung, was das Geld? Man verlangte eben Geld, gleich sozusagen durch Privatvertrag das Silber aus oder — machte das Geschäft mit einem andern, der das vom soliden Handel gesuchte und beverzugte Gold hatte und bot. Um Goldmünzen zu erhalten, mußte man einen Aufschlag zum gesetzlichen Wert, ein Aufgeld oderagio bezahlen. Man brach auch von einer Geldprämie. Die Bestimmungen verschwanden als gesetzliche Zahlungsmittel aus dem Verkehr. Sie wurden, was sie gewesen — was sie im Grunde immer waren: Ware — Geldsouveräne. Die nun bestehende Silberwährung bedruckte Geldentwertung mit ihren uns schon satzung bekannten Erscheinungen. Doch wäre es uns vielleicht täuschend ergangen wie den Nationalisten. Aber die Schäden zu tragen, sie immer wieder anzuhängen, wenn sie jeder läßt an eigenen Leibe verführt, hat so wenig Wert, wie den oder jeuen für etwas verantwortlich machen, was er vielleicht nicht herbeigeführt hat. Heraus aus dem Sumpf! Das ist der springende Punkt in solchen Tagen. Darüber war man sich auch auf der Robinsoninsel einhellig. Wie das Wile — das Was! Da gab es wieder eine Anzahl von gutmeinenden Theoretikern, die garborenen Praktiker. Die Gegenpole berührten sich nämlich auch hier wie anderwärts. Von der reinen Silberwährung wollten allerdings alle hellwachen Vernünftigen und Ehrlichen nichts mehr wissen. Tagesgen fand die Doppelwährung immer

Von französischer Seite ist, wie Herr Berger weiter mitteilt, die Bestärkung laut geworden, daß infolge der Beschäftigung deutscher Arbeitskräfte in Nordfrankreich der Beschäftigungsstand eine Eingangsstufe finden könnte, und er bemüht sich, diese Bestärkung zu überlegen. Diese angebliche Bestärkung ist eine Legende. Vor dem Kriege arbeiteten hunderttausende deutscher Arbeiter in Frankreich, und den maßgebenden französischen Behörden ist es nicht unbekannt, daß gerade diese deutschen Arbeiter sich gegenüber den anarchosyndikalistischen Experimenten immer ablehnend verhielten. Sie wissen auch, daß die zu den Verhandlungen über den Wiederaufbau entsandten Vertreter der deutschen Arbeiter entscheidende Gegner der bolschewistischen Methoden und Theorien sind. Die französischen Regierungsvorleiter konnten um so weniger diese Bestärkung haben, als gerade die deutschen Arbeitervertreter verlangten, daß am Wiederaufbau beschäftigten deutschen Arbeiter sollten nach wie vor den deutschen Gewerkschaften angehörend, in Wiederaufbaugesamt eigene Zehntausende und Vertrauensleute unterhalten dürfen, so daß der Kontakt zwischen deutschen und französischen Arbeitern nur sehr loser und indirekter sein würde. Und daß gerade unter der französischen wie der zweiten Stelle für den Wiederaufbau in Frage kommenden internationalen Arbeiterschaft die Sympathien mit dem Bolschewismus besonders stark sind, daß also eine Umkehrungsgefahr, wenn eine solche vorhanden wäre, nur im ungünstigsten Sinne bestrachtet werden könnte, ist natürlich den französischen Behörden nicht unbekannt.

Falsch ist aber, daß die einzige bestimmte Forderung, die von Frankreich aufgestellt wurde, daß nämlich Deutschland Arbeiter stellen, die unter französischer Aufsicht beim Wiederaufbau mitwirken sollen, an der ablehnenden Haltung der deutschen Bauarbeiter geknüpft ist. Denn 1. war dies nicht die einzige Forderung und 2. wurde nicht bestimmt, sondern nur so nebenbei, auch nicht weniger deutlich genügt, daß man „provisorisch“, zur Erhebung der damals noch heimzuführenden Kriegsgefangenen Arbeiter schicken möge, die ohne die zugehörigen Rechtsgarantien arbeiten sollten. Das wurde abgelehnt, und man kam auch nicht mehr darauf zurück. Zu Wirtschaft ist das Scheitern der Verhandlungen — und damit des Wiederaufbaues Nordfrankreichs, der ohne Deutschland nicht zustande kommen kann (wir sagen das nicht, wir Herrn Berger zu beruhigen), nicht in mutualistischen Vorstellungen der Franzosen zu suchen, sondern einzig in der Tatsache, daß Herr Bourcier, der die Verhandlungen führte, das Best aus den Händen entwandene wurde, und zwar dadurch, daß man ein Ministerium der befreiten Gebiete schuf und damit Herrn Lardieu bedachte. Und Lardieu, der französische Autor des Vertrages von Versailles, erst Reichsminister, dann Journalist, Parlamentarier, Reichskommissar, Unterhändler, Minister usw., aber immer Geschäftsmann, hat es ja in der Kammer selbst ausgesprochen, daß er von Deutschland Lieferungen „umsonst“ hätte haben können, jedoch vorzogen habe, sie zu bezahlen. Man darf annehmen, daß Lardieu bei diesem Geschäft nicht gerade Verluste erlitten hat.

Seitdem flackert der Wiederaufbau, aber nicht das „Geschäft“. Der Wiederaufbau ist zu einem französischen Finanzskandal geworden, wozon wir die Finger lassen wollen. In Spaa haben unsere Unterhändler einige über die Festlegung der deutschen Schuld an die Alliierten, nicht an Frankreich, zu verhandeln. Auch über die Kreditbeschaffung für Rohstoffe und Lebensmittel wird zu verhandeln sein. Der Rest ist eine

interne Frage Frankreichs. Ueber eventuelle Lieferungen für den Wiederaufbau wie über die Beschäftigung deutscher Arbeiter kann praktisch einzig bei den deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen gesprochen werden. Daß die deutsche Arbeiterschaft wie die deutschen Unternehmer und letzten Endes die deutsche Regierung bereit sind, den Franzosen entgegenzukommen, beim Wiederaufbau praktisch zu helfen, weiß die französische Regierung ganz genau. Wenn diese von Zeit zu Zeit das Gegenteil in der französischen Presse verbreiten läßt, so verfolgt sie damit einen bestimmten politischen Zweck. Mit diesem politischen Zweck stimmt es auch überein, daß die französische Regierung den deutschen Arbeitern die Rechtsgarantien, auf die jeder freie Arbeiter in Frankreich wie anderwärts Anspruch hat, verweigert. Das haben die Vertreter der deutschen Arbeiter bei den Unterhandlungen mit der französischen Bauarbeiterorganisation erproben können. Solange die französische Regierung den politischen Agitationszweck noch höher bewertet als den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete, nationalökologische Geheulart inspiriert oder sich von ihnen inspirieren läßt, bleiben alle Angebote von deutscher Seite nur ganz ausfischlose Versuche.

**Das Existenzminimum.**

Seit einigen Monaten bringen wir regelmäßig die Artikel Dr. Augustin über das Existenzminimum. Dieser weist mit seinen Angaben zutreffend nach, daß die Arbeitslöhne allgemein noch nicht so hoch sind, um die Menge an Nahrungsmitteln und sonstigen Bedarfsartikeln kaufen zu können, die zur Existenz des Arbeiters und seiner Familie nötig sind. Für die Arbeiterschaft ergibt sich daraus, daß sie nicht nur rein persönlich, sondern auch der Allgemeinheit wegen nach einer Lohnerhöhung streben muß. Die Gehaltung der Arbeitskraft ist der wertvollste Besitz des einzelnen und des gesamten Volkes. Wird der einzelne durch niedrigen Lohn dauernd zur Unterernährung gezwungen, so geht seine Arbeitskraft bald verloren, und anstatt der Gesellschaft zu nützen, fällt er ihr zur Last.

Neben der Statistik Dr. Augustin's erscheinen nun noch einige andere Statistiken, deren Ergebnisse sich entweder in Einzelheiten oder in der Gesamtzahl mehr oder weniger unterscheiden. Die „Soziale Praxis“ nimmt diese Widersprüche zum Anlaß, um in ihrer Nr. 20 die Notwendigkeit einer Wirklichkeitsstatistik der notwendigsten Lebensunterhaltstatistik zu begründen. Nun hat es das Reichsamt für Statistik bisher unterlassen, eine amtliche Einrichtung zu schaffen, die zahlenmäßigen Aufschluß über die Kosten des Lebensunterhaltes geben könnte. Warum wohl? Wir nehmen an, daß man amtliche Statistik nur auf dessen behauptet ist, daß auch eine amtliche Statistik nur auf dessen behauptet ist, daß die Arbeiter heute nicht soviel verdienen, um die Kosten für das Existenzminimum bestreiten zu können. Diesen Beweis möchte man aber amtlich solange als es irgend geht vermeiden. Das Ergebnis privater Statistiken kann eben leichter bestritten werden; denn es haben sich bisher noch stets Doktoren und Professoren gefunden, die den Unternehmern gerade das beweisen haben, was diese gern bewiesen haben wollten.

Die „Soziale Praxis“ füllt nun ihr Gerechtigkeitsgefühl verleiht, weil die Statistik Dr. Augustin's von den Arbeitern- und Angestelltenblättern kritisch nachgedruckt werden, weil sie für die im Augenblick die Höhe bestimmdende Theorie von der notwendigen Paritätsbestimmung der Löhne und Preise die schärfsten Anschuldigungen liefert. Doch die Nahrungsmittel viel teurer geworden sind, ist bekannt.

ebenso die Verteuerung der Kleiderstoffe, der Schuhmacherarbeit, der Brennstoffe, der Mäße usw. Daß aber die Verteuerung der letzteren Dinge den Verbrauch der vollen trägt, wie die Berechnung des Existenzminimums annehmen, ist falsch, da die meisten Menschen ihren Verbrauch einschränken.

Und warum, verehrte „Soziale Praxis“, schränken die meisten (nicht alle) Menschen ihren Verbrauch ein? Weil die meisten von diesen meisten Menschen nicht soviel verdienen, um ihren Bedarf auch an reichlich vorhandenen Waren bezahlen zu können. Warum „schon man sein Schußgeuge, benagelt die Sohlen oder legt Sohlenfäden auf, so daß eine Sohle länger als ein Jahr halten muß“? Doch nicht aus Vergnügen an der Einschränkung oder an der Selbstkürzel, sondern weil heute der Arbeiter für ein Paar Mannestiefel 5 bis 7 Tage, für ein Paar Kinderstiefel 2 bis 4 Tage arbeiten muß, während er früher für ein Paar Kinderstiefel einen halben bis einen Tag und für ein Paar Mannestiefel höchstens 3 Tage arbeitete.

Die „Soziale Praxis“ schreibt weiter: „Werden aber auf solche rein fiktiven Ansätze nun, wie es leider in den Arbeiter- und Angestelltenblättern durchweg geschieht, gar praktische Schlussfolgerungen gegründet, so entsteht die Gefahr sozialpolitischer Begriffsverwirrung. Durch die schiefen Teuerungsvergleiche und Geldwertveranschlagungen wird den Arbeitern noch schärfer, als es der schimmen Wirklichkeit entspricht, die Zwangsborstellung suggeriert, daß ihr Reineinkommen sich hemmungslos entwertet und jede Familie mindestens so und so viel mehr für ihren Lebensunterhalt haben müsse, wenn sie nicht völlig neulohnen unterhalten haben dürfe, als andere Schriftstellungen bei soll.“ Wir wissen nicht, ob andere Schriftstellungen von den in vorliegenden Seiten angezeigten Voraussetzungen ausgehen. Für uns treffen diese Voraussetzungen nicht zu; denn unsere Kollegen brauchen die Zahlen nicht, um zu wissen, daß sie zu wenig verdienen, um dauernd dabei bestehen zu können. Wir haben die Statistiken beizugeben, um auf jene Leute einzuwirken, denen durch große Zahlen die Vorstellung ungeheurer hoher Arbeitslöhne suggeriert worden ist. Diese wollten wir zum Nachdenken darüber veranlassen, in welchem Verhältnis die Löhne zu den Preisen stehen, in welchem Verhältnis die Löhne zu den Preisen stehen, die Ferner wollten wir Leuten, von denen wir annehmen, daß sie auch als Nichtarbeiter sich logisches Verständnis bemüht haben, nahelegen, auch ihrerseits zu erfordern, woher es kommt, daß die vollstündige Verteuerung nur abgemindert werden kann, wenn für längere Zeit die Löhne über dem Existenzminimum stehen. Damit haben wir anheimend, wie das Beispiel der „Sozialen Praxis“ beweist, bisher wenig Glück gehabt. Diese Enttäuschung wird uns aber nicht hindern, diese „Suggestion“ weiter zu betreiben.

Als Heilung aller sozialen Schäden der Gegenwart schlägt das Blatt schließlich vor: „Keine Erhöhung der Löhne, da durch diese nicht nur die Produktionspreise, sondern besonders der Handelsverkaufspreis erhöht werde, sondern Einschränkung des Verbrauchs und Zurückhaltung im Einkauf.“ Ferner: „daß alle arbeitstätigen Deutschen vom obersten Beamten bis zum letzten Arbeiter zunächst ein Jahr lang eine Stunde länger arbeiten“. Wir gestalten uns zu fragen: Wenn alle Deutschen täglich eine Stunde länger arbeiten, also mehr erzeugen als bisher, wie soll dann diese Mehrerzeugnisse kaufen, wenn gleichgültig alle den Einkauf noch mehr einschränken? Wo sollen die vielen Arbeitslosen bleiben? Welche Sicherheit hat die „Soziale Praxis“ dafür, daß die kapitalistischen Warenbesitzer nicht doch die hohen Preise beibehalten, auch wenn die Arbeiter nicht nur ihre Löhne nicht erhöhen, sondern

nach warme Hürprecher. Es geben zu, daß man das alte Wertverhältnis nicht beibehalten könne, da seine naturgemäße Folge die reine Silberwährung sei und bleibe. Was hindere den Staat aber, sich den Marktwertverhältnissen anzupassen? Es könne allerdings von einer schwachen Silberwährung in auf- und abgehender Scala nicht die Rede sein, da dies eine untragbare Instabilität des Geschäftsliebens bedeuten würde, das dadurch fast zum Stillstand käme. Wenn aber der Staat bei einem Marktwertverhältnis von nicht 1:20 das Goldstück auf 1:30 oder 25 festsetze, so vermindere dies unbedingt jeden weiteren Wertsteigerungs des Silbers und habe dessen Marktwert bis zur Höhe des Goldstückes. Um so mehr würde dies der Fall sein, wenn sich dieser Regelung alle Länder und Inseln anschließen, die es auf der Erde gäbe. Dieser Gedankenlang hatte sich jedoch etwas für sich. War es doch ohnehin geschäftlich nicht unvorteilhaft, in zwei Weltteilen zahlen zu können. Man machte, bequem, in zwei Weltteilen zahlen zu können. Man machte, dem Drängen der Wirtschaftler, den Doppelwährungssteuern, zuzulassen, die Probe aufs Exempel. Allein da zeigte es sich, daß schon eine geringe und leider auf Tage, auf Wochen, auf Monate vorhandene Differenz zwischen Goldstück und Marktwert die erwähnten Folgen mit tödlicher Sicherheit nach sich zog, da sie eben Gewinn verbrauch und damit zur Spekulation anlockte. Also Goldwährung! „Weißt auch die Erwartung an Goldstück?“ sagten die Wirtschaftler, die nicht, aber auch Theoretiker, nicht gern als Goldstücke bekamen. „Die Goldbede ist zu knapp. Wir wissen nicht, ob das Gold für Münz- und Industriezweck zugleich reicht. Man sieht ja, daß der Goldbedarf ständig zunimmt. Wenn aber die Goldbede für Münz- und Industriezweck zugleich reicht, so ist die Goldbede für Münz- und Industriezweck zugleich reich. Man sieht ja, daß der Goldbedarf ständig zunimmt. Wenn aber die Goldbede für Münz- und Industriezweck zugleich reicht, so ist die Goldbede für Münz- und Industriezweck zugleich reich.“

wert ein und gab dafür silberne Scheidemünzen gleichen formellen Wertes aus. Die Eingiehung erstreckte sich über eine Zeitperiode, die sich der normalen Eingiehungzeit abheben. Die Verluste, die der Staat im Gesamtinteresse auf sich nahm, gleichen sich nach durch steigenden Marktwert und damit erhöhte Steuerfähigkeit aus. Die Goldbede war nicht zu knapp. Sie ist es in der Tat nicht einmal für die ganze Erde. Ja, abgesehen von der Instabilität der Forderung, ist das Gold eigentlich überall vorhanden. Ein amerikanischer Münzfabrikant stellte nämlich fest, daß das Schmelzblei, auf dem die Goldmünzen hergestellt werden, mit seiner Oberfläche von 10 Quadratzentimetern bei einer Tiefe von 16 Fuß einen Wert von 128 Millionen Pfund Sterling in Gold birgt. Das Gold hatte gefiegt. Es verdiente den Sieg durch seine nicht nur äußerlich glänzenden Eigenschaften. Wer hätte nun denken sollen, daß es durch einen Gegner aus dem Sattel geworfen würde, immer weiter, bis an sein Lebensende. Immer mehr lernt er, immer mehr nimmt er in sich auf, immer reicher wird seine Persönlichkeit. Und um so mehr wird der Mensch Persönlichkeit, je mehr er sich in das Leben stellt, dort aufzunehmen von den lebendigen Werten, je mehr er sich an Großes wagt und

immer Größeres. Es wächst der Mensch mit seinen höheren Zwecken.“ Je größer der Wille, um so größer der Mensch; je weiter das Ziel, um so weiter, reicher, voller Herz und Hirn.

Wie oft hat nicht jeder einzelne Dantes, Schwere zu ertragen gehabt, wie mancher mußte nicht Großes wagen, das er nur zusehend unternahm. Und es ging darüber, es schien vielleicht nachher gar als eine Kleinigkeit. Sein Mut wuchs, seine Kraft, seine Fähigkeit, seine Persönlichkeit. Immer mehr wird herausgehoben aus allem Leben der Mensch. Doch, wenn seine Kraft auch riesengroß: Mensch im vollen Sinne wird der Mensch immer mit seiner vereinigten Kraft. Nur der Mensch im vollen Sinne gibt die volle, die machtvolle, die reiche, und nur im vollen Zusammenhange kann so recht zu voller Mächtigkeits der Persönlichkeit. Aus der Einheit nimmt die Freiheit der Persönlichkeit die Stärke, und die Einheit wieder wächst mit all den größeren Zwecken der Persönlichkeit. Wer nur ein kleines, ein beschränktes Ziel seines Verbandes lemt, der läßt ihn klein und beschränkt in seinem Entwidlungswege. Je Größeres wir in ihm suchen, je Größeres wir ihm wollen, je tiefer wir ihn erfassen, um so größer wird er, um so machtvoller, herrlicher, zukunftsvoller.

Und darum, weil so viele ihr Ganzes, großes Inneres, ihre ganze reiche Seele hineinwerfen in ihre Kampfsache, darum ist sie so reich und so erhebend. Zur Seele strebt der Kampf, zur geistigen Fülle, zum Erleben der Persönlichkeit. In die materiellen Ziele sind nicht mehr Selbstverleugung, sie sind die Voraussetzung zu Höherem. Geist und Seele sind die höchsten Ziele, edelstes, freies Inneres Menschentum. Es wächst der Verband mit Ehren Höherem Zwecken. Regt darum Euer ganzes Herz hinein und Sonne wird er Euch wiedergeben.

Dr. Gustav Hoffmann.

**Du und Dein Verband.**

Zum Kinde wird der Säugling und zum Erwachsenen das Kind, zum Herrlichen der Unmündige. Unmündlich wächst der Mensch auch dann nach, immer weiter, bis an sein Lebensende. Immer mehr lernt er, immer mehr nimmt er in sich auf, immer reicher wird seine Persönlichkeit. Und um so mehr wird der Mensch Persönlichkeit, je mehr er sich in das Leben stellt, dort aufzunehmen von den lebendigen Werten, je mehr er sich an Großes wagt und



herausgeben würden? Ist angenehm, daß eine derartige Selbstlosigkeit der Arbeiter die Kapitalisten beschämte und zur Nachahmung anreizen würde? Nach den Lehren, die wir aus dem jetzigen Gesellschaftszustand ziehen, wird eine derartige Maßnahme der Arbeiter ohne jeden Einfluß auf die Kapitalisten bleiben. Es müßte aber der „Sozialen Praxis“ klar sein, daß ihr Verzicht: „Keine Lohnherabsetzung, keine Preiserhöhung“ logischerweise zu der Forderung führen muß: „Lohnherabsetzung, Preiserhöhung, keine Lohn, kein Preis“. Also: Abschaffung des kapitalistischen Systems und Einführung des Kommunismus. Will sie diesen Zustand erreichen, so könnte sie doch ebenso von den Warenbesitzern fordern: Setzt die Preise herab, dann arbeiten die Arbeiter umsonst! Sie stellt diese Forderung nicht auf, weil sie weiß, daß die Kapitalisten sie ausüben würden. Sie will, daß die Arbeiter sozial handeln und die Warenbesitzer kapitalistisch. Eine derartige Forderung ist nicht durchführbar. Sie aufstellen, heißt einen Vertragsbruch an der Arbeiterschaft vollziehen. Will man das kapitalistische System, so muß es für beide Teile gelten. Jeder nimmt dann, soviel er im Augenblick bekommen kann. Will man den Sozialismus, so muß auch er für beide Teile gelten.

Zu dem vorstehenden Thema erhielten wir vor einigen Tagen nachstehende Zuschrift von einem Herrn Regierungsbaumeister aus Köln:

„In Nr. 25 des „Grundstein“ ist bei Errechnung des Existenzminimums im Mai von Dr. R. Kuginski für die Wohnung ein Wert von 9 M pro Woche eingesetzt. Dies mag für eine unmoderierte Wohnung stimmen, dürfte aber für eine Wohnung mit Möbeln nicht zutreffen. Auch der Arbeiter muß schließlich — genau wie der Rentist — rechnen, muß mit der Amortisation der Möbel und mit ihrer Abschreibung rechnen. Nehme ich einen jetzigen Neuwert von 10000 M für die Möbel an, rechne für Verzinsung 3% und für Abschreibung 2% einschließlich Unterhaltung der Möbel, zusammen also 5%, so ergibt sich: 10000 M zu 5% = 500 M pro Jahr, also pro Woche = 90,90 M = 12 M pro Woche Verzinsung und Amortisation der Möbel, das heißt 12 M muß der Arbeiter pro Woche zurücklegen, um ohne Zinsverlust nach etwa 40 Jahren sich (oder seinen Kindern) an Stelle der verbrauchten Möbel für 10000 M neue zu kaufen. Dieser Satz würde sich ermäßigen, wenn die Möbel billiger wären; augenfällig wäre also der Wert einer möblierten Arbeiterwohnung 9 + 12 = 21 M pro Woche.“

**Der Umlauf an Reichsbanknoten**

stieg im ersten Jahre nach Ablauf des Waffensstillstandes von 17 auf 31 Milliarden Mark, das heißt um 14 Milliarden. Er ist allein in den letzten 6 Monaten (31. Oktober 1919 bis 30. April 1920) von 31 auf 48 Milliarden, das heißt um 17 Milliarden angewachsen. Die Zunahme in der letzten Aprilwoche 1920 betrug 1 1/2 Milliarden gegenüber 1/2 Milliarde in der letzten Aprilwoche 1919. Die Reichsbank begründet die übermäßige Steigerung in der jüngsten Reichswoche wie üblich mit der „weiteren Erhöhung des Preis- und Lohnniveaus“. Selbstverständlich ist diese Begründung abwegig. Aber von 10000 Zeitungslern beachten 9900 den Reichsbankausweis überhaupt nicht, und von den 100, die ihn studieren, sagen 99, wenn sie die Begründung der Reichsbank lesen: „Ach so!“ Wären sie weniger leichtgläubig, so müßten sie sich doch sagen: „Das Preisniveau ist in der letzten Aprilwoche 1920 gar nicht mehr gestiegen, und die Umsätze sind infolge der Zurückhaltung der Banker sogar zurückgegangen. Die Löhne und Gehälter aber, die in der letzten Aprilwoche 1920 in Deutschland ausgezahlt wurden, betragen insgesamt vielleicht 2 Milliarden Mark; dazu müßte doch schon vorhandene Papiergeld (allein an Banknoten und Scheckkassenheften 80 Milliarden Mark) ausgereicht haben. Warum kauft man uns über die wahren Gründe unserer Ueberflutung mit Papiergeld?“

In der Tat: warum kauft man uns über die wahren Gründe unserer Ueberflutung mit Papiergeld? Warum begründen unsere offiziellen Schreiber die Zunahme des französischen Notenumlaufs richtig mit der Ungültigkeit der französischen Staatseinnahmen, die Zunahme des deutschen Notenumlaufs aber mit Dingen, die damit nichts oder wenig zu tun haben? Es wäre nicht nur ehrsüchtig, sondern auch klüger, wenn die Reichsbank allmähentlich erklären würde: der Papiergeldumlauf ist wiederum gestiegen, weil die Besitzheuern viel zu milde sind und überdies einwillen immer noch auf dem Papier stehen, und weil die Notenpresse immer noch die wichtigste Einnahmequelle des Reiches ist. Dr. R. K u g i n s k i.

**Meistergelder und Unternehmergewinne.**

Um einwandfreie Unterlagen für die Beurteilung der heutigen Unternehmergewinne zu bekommen, hat sich der Verbandsvorstand vor einigen Wochen an etwa 40 Vereinen mit der Bitte gemandt, sie möchten Angaben darüber machen, welche Zuschläge sich die Unternehmer heute bei den Tagelohnarbeiten von ihren Auftraggebern zu den Löhnen der Arbeiter zahlen lassen. Den einzelnen Vereinen wurden folgende Fragen gestellt:

1. Wie hoch war der Tariflohn am 31. März 1920 a) für Polierer, b) für Gesellen, c) für Bauhilfsarbeiter?

2. Was haben die Unternehmer am 31. März 1920 von den Bauauftraggebern verlangt a) für Polierer, b) für Gesellen, c) für Bauhilfsarbeiter?

Die eingegangenen Fragen sind bearbeitet und zu nachstehender Tabelle zusammengefaßt worden. Die Tabelle spricht für sich selbst.

Ort bzw. Wohngebiet	Zuschläge am 31. März 1920			Der Zuschlag für die Stunde	Bemerkungen	Ort bzw. Wohngebiet	Zuschläge am 31. März 1920			Der Zuschlag für die Stunde	Bemerkungen
	a)	b)	c)				a)	b)	c)		
<b>Münster</b>						<b>Hof a. d. S.</b>					
Polierer .....	3,40	5,25	1,85	54,41	In einzelnen Fällen geben die Unternehmer über die Höhe hinaus.	Polierer .....	3,80	4,90	1,60	48,48	Nach einem Beschluß der Anweisung haben die Unternehmer so bis zu 60 % Zuschlag zu fordern.
Gesellen .....	3,20	4,80	1,60	50,00		Gesellen .....	3,15	4,70	1,55	49,20	
Hilfsarbeiter ..	3,05	4,60	1,55	50,82		Hilfsarbeiter ..	3,05	4,60	1,55	50,82	
<b>Berlin</b>						<b>Karlstraße</b>					
Polierer .....	5,—	8,—	3,—	60,00	Die Polierer erhalten einen Wochenlohn von 240,55 M.	Polierer .....	5,05	7,05	2,—	39,60	Die Polierer erhalten einen Wochenlohn von 200 M.
Gesellen .....	4,45	6,80	2,25	52,80		Gesellen .....	4,50	6,30	1,80	40,00	
Hilfsarbeiter ..	4,25	6,50	2,25	52,94		Hilfsarbeiter ..	4,40	6,20	1,80	40,91	
<b>Darmstadt</b>						<b>Ranb.berg (W.)</b>					
Polierer .....	5,40	7,30	1,90	35,18	Die Polierer erhalten einen Wochenlohn von 281 M.	Polierer .....	3,80	6,10	2,30	60,55	Nach einem Beschluß der Anweisung haben die Unternehmer so bis zu 60 % Zuschlag zu fordern.
Gesellen .....	4,50	6,30	1,80	40,00		Gesellen .....	3,08	4,80	1,72	55,84	
Hilfsarbeiter ..	4,35	6,10	1,75	40,23		Hilfsarbeiter ..	2,92	4,60	1,68	57,53	
<b>Braunschweig</b>						<b>Seipzig</b>					
Polierer .....	4,25	6,50	2,25	52,94	Die Polierer erhalten einen Wochenlohn von 200 M.	Polierer .....	3,90	6,80	2,50	58,14	Die Polierer erhalten einen Wochenlohn von 200 M.
Gesellen .....	3,70	5,20	1,50	40,54		Gesellen .....	3,90	5,50	1,60	41,03	
Hilfsarbeiter ..	3,50	5,10	1,50	41,67		Hilfsarbeiter ..	3,80	5,30	1,50	39,47	
<b>Cassel</b>						<b>Lübeck</b>					
Polierer .....	4,70	—	—	43,33	Von dem Zuschlag gehen 25% als Gehaltsanteil und 10% als Gewinn.	Polierer .....	4,60	6,30	1,70	36,95	Die Polierer erhalten einen Wochenlohn von 200 M.
Gesellen .....	3,75	—	—	43,33		Gesellen .....	3,80	5,30	1,50	39,47	
Hilfsarbeiter ..	3,65	—	—	43,33		Hilfsarbeiter ..	3,70	5,20	1,50	40,54	
<b>Cöln a. Rh.</b>						<b>Magdeburg</b>					
Polierer .....	5,80	8,50	3,20	60,38	Die Polierer erhalten einen Wochenlohn von 255 M.	Polierer .....	4,49	6,40	1,91	42,54	Die Polierer erhalten einen Wochenlohn von 215,76 M., die Unternehmer berechnen 200 M.
Gesellen .....	4,50	7,60	3,10	68,89		Gesellen .....	3,82	5,73	1,91	50,00	
Hilfsarbeiter ..	4,35	7,50	3,15	72,41		Hilfsarbeiter ..	3,72	5,68	1,86	50,00	
<b>Dortmund</b>						<b>Münsterberg</b>					
Polierer .....	5,—	—	—	30—40	Von der Stadt 50% Zuschlag anerkannt. Gehaltsanteil müssen 25 bis 40% sein. Arbeitsvertrag fordert von der Stadt 50%.	Polierer .....	5,—	6,90	1,90	38,00	Die Polierer erhalten einen Wochenlohn von 200 M.
Gesellen .....	4,05	—	—	30—40		Gesellen .....	4,—	6,20	2,20	50,00	
Hilfsarbeiter ..	3,95	—	—	30—40		Hilfsarbeiter ..	3,85	6,—	2,15	55,84	
<b>Dresden</b>						<b>Osnabrück</b>					
Polierer .....	4,80	5,70	1,40	39,56	Die Polierer erhalten einen Wochenlohn von 200 M.	Polierer .....	4,12	6,—	1,88	45,63	Die Unternehmer berechnen von ihrem Wochenlohn einen Zuschlag von 20%.
Gesellen .....	3,90	4,90	1,—	25,64		Gesellen .....	3,80	5,20	1,90	57,58	
Hilfsarbeiter ..	3,80	4,80	1,—	26,32		Hilfsarbeiter ..	3,20	5,—	1,80	56,25	
<b>Freiburg</b>						<b>Forstheim</b>					
Polierer .....	4,60	6,80	2,20	47,88	6,50 bis 7 M. 7,50 bis 8,75 M. 7,50 bis 8,50 M.	Polierer .....	4,80	7,40	2,60	54,17	Die Unternehmer berechnen von ihrem Wochenlohn einen Zuschlag von 20%.
Gesellen .....	3,70	5,60	1,90	51,35		Gesellen .....	4,—	6,—	2,—	60,00	
Hilfsarbeiter ..	3,55	5,40	1,85	52,11		Hilfsarbeiter ..	3,90	5,90	2,—	61,28	
<b>Göppingen</b>						<b>Hemscheid</b>					
Polierer .....	3,80	5,25	2,45	64,47	4,— bis 5,50 M. 4,80 bis 4,90 M. 4,70 bis 4,80 M.	Polierer .....	4,85	—	—	50,00	Die Unternehmer berechnen von ihrem Wochenlohn einen Zuschlag von 20%.
Gesellen .....	3,45	4,85	1,40	40,58		Gesellen .....	4,40	—	—	50,00	
Hilfsarbeiter ..	3,33	4,75	1,42	42,63		Hilfsarbeiter ..	4,30	—	—	50,00	
<b>Hagen i. Westf.</b>						<b>Stettin</b>					
Polierer .....	3,50	5,35	1,85	52,86	Die Polierer erhalten einen Wochenlohn von 212,60 M.	Polierer .....	4,55	7,—	2,45	53,85	Die Unternehmer berechnen bei höchsten Löhnen 12% Unternehmergewinn und für Steuer 25% für Schlüsselerlöse 25% und für Schlüsselerlöse 25% Zuschlagsumfassen.
Gesellen .....	3,05	4,35	1,30	42,62		Gesellen .....	3,65	5,40	1,75	47,95	
Hilfsarbeiter ..	2,95	4,25	1,30	44,07		Hilfsarbeiter ..	3,55	5,20	1,65	46,48	
<b>Halle a. d. S.</b>						<b>Stuttgart</b>					
Polierer .....	4,40	5,95	1,55	35,23	Die Polierer erhalten einen Wochenlohn von 211,20 M.	Polierer .....	4,—	6,—	2,—	60,00	Die Unternehmer berechnen bei höchsten Löhnen 12% Unternehmergewinn und für Steuer 25% für Schlüsselerlöse 25% und für Schlüsselerlöse 25% Zuschlagsumfassen.
Gesellen .....	3,82	5,15	1,33	34,72		Gesellen .....	3,70	5,60	1,90	51,35	
Hilfsarbeiter ..	3,72	5,05	1,33	35,75		Hilfsarbeiter ..	3,60	5,45	1,85	51,29	
<b>Hamburg</b>						<b>Weimar</b>					
Polierer .....	4,95	—	—	40,00	Die Polierer erhalten einen Wochenlohn von 211,20 M.	Polierer .....	3,45	5,50	2,05	59,42	Die Polierer erhalten einen Wochenlohn von 211,20 M.
Gesellen .....	4,40	—	—	40,00		Gesellen .....	3,20	4,50	1,30	40,63	
Hilfsarbeiter ..	4,30	—	—	40,00		Hilfsarbeiter ..	3,10	4,40	1,30	41,94	
<b>Helmstern a. Rh.</b>											
Polierer .....	4,05	5,55	1,50	37,04	Die Polierer erhalten einen Wochenlohn von 211,20 M.						
Gesellen .....	3,70	5,20	1,50	40,54							
Hilfsarbeiter ..	3,55	5,05	1,50	42,25							

Wir machen unsere verehrten Leser noch besonders darauf aufmerksam, daß sich aus dieser Tabelle Schlüsse ziehen lassen, nämlich, daß es pure Heuchelei ist, wenn die Unternehmer und ihre Organisationen in ihrer Fachpresse, in der Tagespresse, in Verhandlungen usw. andauernd über den Niedergang des Baugewerbes klagen und dafür die hohen Arbeiterlöhne verantwortlich machen. Wäre es nicht das Gegenteil, so müßten die Unternehmer ihre eigenen Gewinne entsprechend ihren salbungsvollen Worten herabsetzen. Wie die Tabelle zeigt, hat man in keiner der genannten Städte daran gedacht, vielmehr hat man in nicht wenigen Orten den Lohnanteil des Unternehmers bedeutend heraufgesetzt. Wir wollen hier an einer kleinen Rechnung zeigen, wieviel bei den genannten Preisen ein Kleinmeister täglich an Mehrwert einfließen kann. In Berlin würde ein Unternehmer der einen Polierer, 6 Gesellen und 3 Hilfsarbeiter bei Tagelohnarbeiten beschäftigt, nämlich 30,80 M., täglich 244,80 M., wöchentlich 1468,80 M. Meistergehalt beziehen, wenn 48 Stunden in der Woche gearbeitet wird. Die 10 Arbeiter würden zusammen 2188,60 M. Lohn erhalten. Wenn von diesem Lohn 8% für die Arbeiterversicherung gerechnet werden, so ergibt das einen Betrag von 160,70 M. zu Lasten des Unternehmers. Die restlichen noch 1308,10 M. Selbst wenn wir den sehr hohen Betrag von 900 M. wöchentlich für Geschäftskosten ansetzen, so bleiben dem Unternehmer noch 708,10 M. Das ist fast das Dreifache des Polierlohnes. Dabei lassen wir die großen Gewinne, die die Unternehmer an Bauhofflieferungen haben, ganz außer Betracht. Und was für bekommt der Unternehmer diesen riesigen Lohn, der in keinem Verhältnis zu seinen persönlichen Leistungen steht? Bei derartigen Arbeiten ist die persönliche Verantwortung meist sehr gering, finanzielles Risiko kommt vollständig überflüssige Größen, die auf diese Weise von der Arbeiterschaft mit und sogar leicht gut ernährt werden müssen. Ihr eblisches Verschwinden wird keine Blide entstehen lassen.

**Wie gefälscht wird.**

Der „Baumaterialien-Markt“ brachte in seiner Nummer 24 Berichte über die in der letzten Aprilwoche 1920. Der erste, aus Berlin kommende Bericht beginnt mit nachstehendem Satz: „Die dauernd gestiegenen Fabrikationskosten, die verursacht sind durch die außerordentlich gestiegenen und immer noch steigenden Löhne, die geringere Arbeitsleistung und schließlich die auch auf diese beiden Momente gemeinsam zurückzuführende Kostenpreiserhöhung hat dazu geführt, daß die Kaufkraft und die Kaufkraft der Verbraucher stark nachgelassen hat.“ Der Verfasser des Satzes ist entweder ein Ignorant oder er ist ein Schwärmer, der die Schriftleitung des „Baumaterialien-Markt“, die diesen Bericht zu ihrem eigenen machte, geht offenbar mit der Absicht um, die deutsche Öffentlichkeit zu betäuben. Sowohl der Verfasser als auch die Schriftleitung tun so, als sei es ihnen unbekannt, daß die Lohnsteigerungen selbst den Preissteigerungen nachstehen. Sie rechnen anscheinend auf die Gewanlosigkeit ihrer Leser so hart, daß diese Rechnung auch für Leute, die die Sache nicht vom Arbeiterstandpunkt aus betrachten, beilebend wirkt.

Das deutsche Unternehmertum treibt zurzeit eine geradezu unnütze Preispolitik. In dem vorstehenden Artikel ist bemerkt, daß die Bauunternehmer trotz allen Gejamers über die hohen Arbeiterlöhne ihre eigenen Löhne proportional viel mehr erhöht haben als die Arbeiter. Vorwiegend 40 bis 50% auf Löhne. Im Jahre 1919 und besonders nach dem Kriege ist dieser Anteil gesunken auf 27 bis 32%, und er sinkt trotz aller Lohnherabsetzungen noch immer weiter. Wer stellt den Arbeiter ein? Händler und Unternehmer. Mit etwa der „Baumaterialien-Markt“ behauptet, daß nachstehende Großhandelspreise: 7,80 M. für 1 kg Drahtstifte, 10 M. für 1 qm Dachpappe, 16,50 M. für 100 kg Zement, 30 M. für ein Dreifiger-Zementrohr, 23,50 M. für 100 kg Zips, 960 M. für 1000 Logenante holzstäbliche Dachpappe durch die hohen Arbeiterlöhne bedingt sind? Wir empfehlen der Schriftleitung einen Witz in ihren eigenen Angelegenheit; sie wird dadurch erkennen, daß das Schieberrum

auf dem Bauhofmarkt Orgien feiert. Wenn Zement zu 17 000 M. für 200 Zentner angeboten wird, wie es kürzlich geschah, dann ist dieser allerdings nur noch für Steinbauten und ähnliche „Vergänglichkeits“-Isolate zu verarbeiten.

Aber die hohen Kohlenpreise sollen durch die erhöhten Löhne und geringe Leistung hobeln sein. Wie werden sehen, was an dieser Behauptung wahr ist. Am 1. April 1914 kostete eine Tonne Steinkohlen am Wert 13,75 M., heute kostet sie 220,90 M.; die Steigerung beträgt 1579 %.

Zurzeit kann berichtet werden, daß Kohle, Eisen und Baustoffe angeboten, aber wegen der Kupferpreise nicht gekauft werden. Der Kupferkaffee aber gefällt der jetzige Zustand der hohen Preise so sehr, daß sie mit allen Kräften für die Aufrechterhaltung kämpft.

Am 3. Juli ist der 27. Beitrag fällig. 14 Schwerere. Dabei wurden nicht allein Arbeiter der Fabrik, sondern auch Straßenpassanten getötet u. s. w. Bei derartigen Massenunglücksfällen kommen noch weiter hinzu die noch kürzeren oder längeren Krankenlager verstorbenen Verletzten, die dann die graufige Rechnung nicht unberücksichtigt erheben.

Die erste Hilfe bei Massenunglücksfällen.

Wie aus der Tagespresse zu ersehen ist, vergeht fast keine Woche, wo nicht von größeren Explosionen oder erschütternden Branden innerhalb Deutschlands berichtet wird.

Es wird sich hierbei nicht immer allein darum handeln, ob bei den Betrieben die Schutzvorschriften ausgeführt sind, ob die Unfallkatastrophen mit Unfallversicherung für die erste Hilfeleistung bei Unfällen oder plötzlichen Erkrankungen sowie sonstiger Unfälle.

Ohne dabei in allen Fällen im voraus die Unternehmer oder Betriebsleiter als die Schuldigen anzunehmen, so sind hier doch reichliche Möglichkeiten gegeben, die Dinge zu vermindern. Es liegt in der Eigenhaft von Explosionen und Brandkatastrophen, daß die ursächlichen Zusammenhänge sehr oft schwer festzustellen sind und auch verschleiert werden können.

Die Unfallkatastrophen sind durch die Unfallversicherung zu betrachten, so wird doch andererseits immer wieder darauf hingewiesen werden müssen, daß bevorzogene Gefährdungen als Gefährdungen oft weit über die Grenzen der Gefährdungsgebiete eine Unsicherheit erzeugen und eine ständige Lebensunsicherheit für die umgebende Bevölkerung bedeuten.

Etwa 1 Jahr vor Ausbruch des Krieges, im September 1913, hat sich der Zweite Internationale Kongress für Rettungswesen der Welt in London mit dieser Frage beschäftigt. Nach einem Vortrage von Dr. med. Paul Streffer hat die Deutsche Gesellschaft für Samariter- und Rettungs-

wesen in Leipzig ein beachtenswertes Material aus sämtlichen Staaten Europas gesammelt. Das Material besteht aus 63 verschiedenen Katastrophen. Im einzelnen betreffen sie 4 schwere Automobilunfälle, 7 große Brände, 7 Einsturz-

Am 3. Juli ist der 27. Beitrag fällig.

14 Schwerere. Dabei wurden nicht allein Arbeiter der Fabrik, sondern auch Straßenpassanten getötet u. s. w. Bei derartigen Massenunglücksfällen kommen noch weiter hinzu die noch kürzeren oder längeren Krankenlager verstorbenen Verletzten, die dann die graufige Rechnung nicht unberücksichtigt erheben.

Sehr richtig wurde deshalb auf dem Wiener Kongress gesagt: „Bedenkt man weiter das affermäßig kaum abzunehmende Verbrechen der Massenmordungen, durch unheilbares Siechtum, durch langwierige Arbeitslosigkeit der Verletzten hervorgerufen wird, so kann man sich der Erkenntnis nicht verschließen, daß die Bereitstellung geeigneter Vorrichtungen für die erste Hilfe bei Massenunglücksfällen eine der wichtigsten Aufgaben des Rettungswesens darstellt.“

Wenn man bei solchen Ereignissen weitere Menschenverrichtung infolge von Unterlassungen verhindern will, dann bedarf es eines gut funktionierenden Apparates, der von einer Zentrale in der Provinz oder im Kreise geleitet wird. Die Ziele zu schaffen, wird die Aufgabe des dementsprechenden Vereinigungen in Verbindung mit den Gemeinden und den Rettungswesen sein müssen. Auch der Arbeiterarbeitsbund wird gewiß, wie so oft, gern bereit sein, hier helfen mitzuwirken.

Wenn man bei solchen Ereignissen weitere Menschenverrichtung infolge von Unterlassungen verhindern will, dann bedarf es eines gut funktionierenden Apparates, der von einer Zentrale in der Provinz oder im Kreise geleitet wird.

Die Ausländer auf dem deutschen Grundstücksmarkt. Von Franz Anton Wechsitz, Charlottenburg. Auf dem Grundstücksmarkt wurde in Friedenszeiten der Wert der Grundstücke berechnet als das Mittel aus dem Bestandwert der Gebäude und des Geländes und dem kapitalisierten Nettomietwert, wobei 6 % zugrunde gelegt wurden.

Die Ausländer auf dem deutschen Grundstücksmarkt. Von Franz Anton Wechsitz, Charlottenburg. Auf dem Grundstücksmarkt wurde in Friedenszeiten der Wert der Grundstücke berechnet als das Mittel aus dem Bestandwert der Gebäude und des Geländes und dem kapitalisierten Nettomietwert, wobei 6 % zugrunde gelegt wurden.

Auf dem Grundstücksmarkt wurde in Friedenszeiten der Wert der Grundstücke berechnet als das Mittel aus dem Bestandwert der Gebäude und des Geländes und dem kapitalisierten Nettomietwert, wobei 6 % zugrunde gelegt wurden. Die Verbilligung der Baukosten durch Verbesserung der Produktion und der Arbeitsverhältnisse wurde der Gebäudewert geringer, dafür stieg aber in fast allen Gegenden der Gebäudewert unter dem starken Druck der

größtstädtischen Bevölkerungsernährung. Gegenwärtig bezieht man ein innerer Widerspruch in der Bewertung der Grundstücke. Als wirkliche Wertgegenstände werden sie gegenüber der sich immer mehr verflüchtigen Papiermarkt bevorzugt. Der Gebäudewert hat sich unter Zugrundelegung der Herstellungskosten bei dem Mangel von Baustoffen vergrößert. Dem Mietwert ist aber durch die Bewertung überhöhtmieten eine künstliche Grenze gesetzt.

Eine weitere Veränderung hat sich auf dem Wohnungsmarkt dadurch ergeben, daß die großen Wohnungen von Zwangsversteigerungen bedroht sind oder in kleine aufgeteilt werden können, um der höchsten Miet abzugeben. Die Verbilligung der großen Wohnungen mit allen Bequemlichkeiten der Neuzeit ist der Verbilligung der mittleren bürgerlichen Wohnungen gewichen, weil die hohen Baupreise und die Schwierigkeiten, überhaupt Kapital zu bekommen, den Betrieb der Sammelbauweise verletzten. Die Aufrechterhaltung der sonstigen Einrichtungen dieser Häuser durch die hohen Arbeitslöhne sind ebenfalls genaugalt verteuert hat. Diesen auf den Wert drückenden Umständen wirkt entgegen unsere Geldentwertung, die deutsche Grundstücke dem Auslande immer noch spottbillig erscheinen lassen muß, sei es, daß er bereits in reich deutsches Geld zu billigen Preise kauft.

Der Kauf deutscher Grundstücke durch Ausländer hat aber auch einige gute Seiten. Die Ausländer werden durch ein Gebot und Verbot der deutschen Volkswirtschaft miteingeliegt. Das Verhalten des Auslands zum Gebot der deutschen Wirtschaft kommt deutlich durch solche Verkäufe zum Ausdruck, insbesondere wenn es sich um Geschäftshäuser handelt. Deutsches Geld, das im Auslande überflüssig wird und die Währung fortwährend unter festendem Druck hält, wird in seltenen Fällen gebunden. Die Gründung von Vermögenswerten, die erwirtschafteten Personen Verdienst gewähren können, wird beim ausländischen Besitz häufiger notwendig sein als beim inländischen. Das darf aber nicht hinweggeführt werden über die großen Gefahren der Spekulation auf dem Grundstücksmarkt, der sich immer steigenden Bevölkerungszahl und landwirtschaftlichen Grundbesitz oder um solchen in den Grenzgebieten und um den Besitz von Wohnunternehmungen in der Industrie handelt. Am Rhön hat sich ein holländisches Hochwert große Anteile erworben, und waren es fast holländische Engländer, Franzosen oder Amerikaner gewesen, so wäre dadurch die deutsche Industrie in Abhängigkeit von bisher feindlichen Ausländern geraten. Glücklicherweise haben unsere ehemaligen Feinde mit den Kriegsnachweisen im eigenen Lande so viel zu tun, daß dieser Gefahr, wenn sie vorliegt, nicht zu befürchten noch vorzugehen werden kann. Zuzufügen sei noch: die noch vorliegende ausländische Kapitalien an unsern Gewerbe bedeutet, so wünschenswert sie für die Förderung der Erzeugung sein mag, im großen doch nichts anderes als die Umwandlung der bisherigen deutschen Eigenwirtschaft in Lohnwirtschaft für ausländische Rechnung.

Arbeitslosigkeit im Deutschen Bauarbeiterverbände.

Die Zahl der Arbeitslosen nahm seit dem vorigen Bähltage von 11705 auf 12632 zu, im Verhältnis zum Mitgliederbestand von 2,39 auf 2,57. Von den Betrieben mit größerer Arbeitslosigkeit hatten eine Zunahme: Dresden von 5,0 auf 5,4, Hamburg von 4,2 auf 4,3, Nürnberg von 4,0 auf 4,4, Frankfurt von 3,5 auf 4,0, Berlin von 3,0 auf 3,8, Leipzig von 2,9 auf 3,0. Der Bezirk Bremen hatte dagegen eine kleine Abnahme von 5,0 auf 4,8, ebenso Stuttgart von 2,3 auf 2,1. Danzig blieb mit 4,1 und der Leipziger Bezirk mit 4,8 auf dem Stande vom vorigen Bähltage. — Von je hundert Mitglieder empfangen 0,99 Arbeitslosenunterstützung, in der Woche 0,81.

Table with 10 columns: Bezirk, Mitglieder, Arbeitslose, Verhältnis, etc. Rows include Königsberg, Danzig, etc.



### Arbeitsmarkt.

Die Firma Adner & Wirth in Cottbus sucht für sofort einige tüchtige Schornsteinmänner. Möglicherweise durch unser Vereinsbureau, Cottbus, Basenstr. 1.

### Berichte.

#### Konferenz des Bezirks Dortmund.

Die Konferenz tagte am 20. Juni in Wellenfröhen mit nachfolgender Tagesordnung: 1. Geschäfts- und Kasserbericht, 2. Sozialisierung des Baugewerbes, 3. Tariffragen und Lohnbewegung, 4. Wahl des Bezirksausschusses. Vertreten waren 14 Vereine durch 68 Delegierte, außerdem 8 Mitglieder des Bezirksausschusses; vom Verbandsvorstand war Kollege Zöpfer delegiert. Mit der Stellung des Bezirksausschusses wurde die Bezirksleitung beauftragt. Dem Geschäftsbericht, den der Kollege K. a. 1 erstattete, ist zu entnehmen: Zur Zeit der letzten Bezirkskonferenz am 16. März 1919 in Witten waren in 10 Vereinen 12 529 Mitglieder vorhanden. Während der ganzen Kriegszeit hatte der Bezirk 4151 Mitnahmen zu verzeichnen. Am 4. Quartal 1918 betrug die Zahl der Mitnahmen allein schon 4768. Der Stundentakt der gerenteten Arbeiter war im März 1918 2 M., heute 6,30 M. Die Mitglieder gruppieren sich nach Berufen: Maurer 10 148, Hilfsarbeiter 10 860, Erbarbeiter 7009, Stukkatoren 688, Betonarbeiter 557, Holzwerker 206, Kleinfleger 189. In den letzten 5 Quartalen (aus Jahr 1918 und 1. Quartal 1920) hatte der Verband im Bezirk 29 336 Mitnahmen und 6843 Lebertritte zu verzeichnen, zusammen 36 179. Die wirtliche Mitgliederzahl beträgt demgegenüber einschließlich des Bestandes von 12 529 im 1. Quartal 1919 in 15 Vereinen aber nur 30 289. Die Situation ist also noch sehr groß. Besonders erheblich ist es, daß unter Verband nach der Umwälzung auch in den schwarzen Gebirgen, im Münster, Sauer- und Siegerland sowie auch im Raderborner Gebiet, selten Fuß lassen konnte. Ueber die in der Hauptstadt in Frage kommende gegnerische Organisation, den christlichen Bauarbeiterverband, liegen genaue Hilfen nicht vor. Er ist aber uns gegenüber wohl uns hinterzogen geblieben. Die Bauartigkeit war mit Ausnahme einiger Bezirke im Münster, Sauer- und Siegerland sehr gut. Auch heute ist noch eine länderweite Nachfrage nach Maurern. Die Bauartigkeit wird auch weiter günstig bleiben, da die Wohnungen für die Bergarbeiter zu schaffen sind. Schmierfäulen entstehen nur in der Beschaffung der Unterlebensräume, der Logis für unsere Kollegen.

Ueber hat sich in einigen Fällen der Parteifreud zum Schaden des Verbandes auch auf die Arbeitsstellen übertragen. Kollege Kahl verurteilt das ganz entschieden. Der Bauarbeiterverband hat im Bezirke keine die Bedeutung gefunden, die notwendig war. In einer Anzahl von Orten sind vor dem Kommen Baufenkontrollen aus Kollegenkreisen angeleitet worden. In der Folgezeit fällt den Baudelegierten eine große Aufgabe auf dem Gebiete des Bauarbeiterverbandes zu. Die Bezirksleitung hatte das ganze Jahr mit Verhandlungen über Lohnfragen für die einzelnen Gruppen überhäuft zu tun. Eine Verhandlung jagte die andere. Mehrere suchte die Delegierten, auch in der Folgezeit in ihren Vereinen kräftig für den Ausbau des Verbandes zu wirken. In der Aussprache erklärten sich die Kollegen mit der Tätigkeit des Bezirksausschusses, im besonderen auch mit der parlamentarischen Tätigkeit des Kollegen K. a. 1 einverstanden.

Ueber die Sozialisierung des Baugewerbes sprach dann der Kollege B. d. l. Er schilderte eingehend die Sozialisierungsbestrebungen im Baugewerbe durch unsern Verband. Er selbst ist Leiter der Bauproduktionsgenossenschaft Wellenfröhen, über deren Erfahrungen er berichtete. Die Genossenschaft hat trotz der geringen Betriebsmittel in jeder Beziehung sehr vorteilhaft gearbeitet. Die Arbeitsleistung hat sich ganz bedeutend gesteigert, die Arbeitsfreudigkeit hat sich geboben. Wir erlangen hierdurch Einfluß auf die Wohnungsverteilung, die Wohnungshilfsfrage usw. Für unsern Industriegebiet kommt ferner die Stellung der Bergmannsverbände durch die Kreuzungsgesellschaft aus Reichsmitteln in Betracht. Die Ausführung dieser Bauten kann und darf nicht durch die private Unternehmerschaft geschehen. Deshalb schilderte weiter die Hindernisse für die erzielten Genossenschaften. Die Unternehmer laufen selbstverständlich gegen unsere Genossenschaft ein. Unsere Tätigkeit finden sie besonders bei den Zechen. In Wellenfröhen bewilligen die Zechen den Unternehmern ohne weiteres die geforderte Erhöhung auf 50% als Unkosten und Gewinn. Die Errichtung derartiger Genossenschaften ist somit für unser Gebiet besonders notwendig, um erhöhten Einfluß im Bau- und Wohnungswesen zu erlangen. Mehrere empfahl dem Bezirksrat, zu beschließen, für unsern Bezirk in der Arbeitsgemeinschaft mit dem Siedlungsverband weiterhin zu arbeiten.

Mit den Ausführungen Wendlers erklärte sich der Bezirksrat gegen wenige Stimmen einverstanden. Es wurde beschlossen, den Vortrag drucken zu lassen und den Funktionären zu schicken. Die nachfolgende Geschäftsbesprechung des Arbeitsgemeinschaft wurde mit allen gegen 7 Stimmen angenommen: „Der Bezirksrat erkennt den Beschluß des Verbandstages, Austritt aus der Arbeitsgemeinschaft, im allgemeinen an. Die Durchführung dieses Beschlusses für unsern Bezirk würde aber angeht die Tatsache, daß für den Bezirk ein Siedlungsverband besteht, der die Kreuzungsgesellschaft aus Reichsmitteln vorarbeitet und durchführt, bei Nichtbeteiligung unserer Organisation an der Arbeitsgemeinschaft für uns von erheblichem Nachteil sein. Aus diesem Grunde steht der Bezirksrat auf dem Standpunkt, daß die Bezirksleitung je nach Lage der Verhältnisse eine Mitwirkung innerhalb des Siedlungsverbandes in Ermägung zu ziehen hat.“

Ueber Tarifvertragsfragen referierte Kollege Zöpfer. Er schilderte den geschichtlichen Verlauf des Wesens mit besonderer Berücksichtigung der uns in dem Baugewerbe gestifteten Kämpfe. Er erwähnte besonders die in diesem Jahre geführten gestrigen Verhandlungen, die zweimal ganz bedeutende Lohnerhöhungen für die gesamte Baugewerkschaft brachten, die endlich erzielt worden waren. Zur Beitragsangelegenheit wurde einstimmig beschlossen, den Beitrag zu erhöhen, ein Flugblatt herauszugeben, in dem die alten und neuen Unterhaltungsbeiträge des Bezirks angeführt sind. Ueber Verhandlungen für das Tiefbaugewerbe berichtete Kollege K. u. m. n. Die Verhandlungen waren

ohne Erfolg. Der Bezirksrat beauftragte die Bezirksleitung, die Angelegenheit eines Schiedsgericht zur Entscheidung zu unterbreiten. Der Bezirksausschuß in seiner bisherigen Zusammensetzung wurde einstimmig wiedergewählt. Es lagen eingehende Anträge von Quälzuber vor, welche eine Konferenz der Schachmeister und Verarbeiter. Würde angenommen. Eine Entscheidung über, bezüglich der besseren Vorfahrung der Bauarbeiter mit Lebensmitteln, wurde angenommen. Dem Antrag, intensive Migration im Sieger Gebiet im Winter einzuleiten, wurde zugestimmt. Nach Entscheidung einiger geschäftlicher Angelegenheiten wurde der Bezirksrat geschlossen.

**Bezirk Hildesheim.** Unsere letzte Verbandstagung fand am 2. Juni statt. Sie brachte keine Einigung. Nicht nur die Lohnfrage, sondern fast alle anderen Punkte blieben unerledigt. Beide Parteien hatten sich verständigt, zur Entscheidung der Schiedsgerichtsausschuß in Schwerin anzugewinnen. Die Verhandlung fand dort am 10. Juni statt. Da eine Einigung auch dort nicht möglich war, wurde folgender Schiedspruch gefällt: Der Ort Wietzen bleibt beim hiesigen Lohngebiet, bis die Verhältnisse sich besser gestalten. Wenn dies der Fall eingetreten ist, geht Wietzen nach Wunstorf des Schiedsgerichtsausschuß zum Lohngebiet Hildesheim. Die geforderte Arbeitszeitverlängerung an den Sonntagen für Hildesheim und Wunstorf wird abgelehnt. Zur ersten Lohnklasse gehören die Orte Hildesheim, Wernmünde, Schwerin, Wismar, Güstrow und Brunsbüttel.

Zur zweiten Lohnklasse gehören Boizenburg, Dohran, Puffenber, Neubrandenburg, Neustrelitz, Parchim, Schönberg, Dalsom und Waren.

Zur dritten Lohnklasse gehören alle übrigen Orte. Es werden folgende Stundentlöhne einschließlich Gehaltszuschlag vom 5. Juni 1920 an gefordert: In Klasse 1: Maurer 5,10 M., Träger 5 M., Hilfsarbeiter 4,95 M.; in Klasse 2: Maurer 4,40 M., Träger 4,30 M., Hilfsarbeiter 4,25 M.; in Klasse 3: Maurer 4,30 M., Träger 4,20 M., Hilfsarbeiter 4,15 M. An Zuschlägen zu den Schichtlöhnen werden gefordert: Für Überstunden 25%, für Nacht- und Sonntagsarbeiten 70%, Nachleben, Leerarbeit, Karbolinuarbeit usw. 25%, Wasserarbeit 30%, alte schwarze Arbeit 25%, warme schwarze Arbeit 30 bis 35%, Weihen 60%, Papparbeit 30%, Arbeit in Holzwerk und Särgewerk wenn der Arbeiter mit den Fällarbeiten beschäftigt ist 1,50 M. für Eisenarbeit 20%. Handarbeit: Als Gehalt werden 3 km vom Postamt eines jeden Ortes grundlegend gerechnet. Eine Aufwandsentschädigung bei täglicher Heimkehr wird abgelehnt. Wenn sogenannten Ausliegern erhalten die Arbeiter der ersten Klasse eine Aufwandsentschädigung von monatlich 2,50 M., die Arbeiter aller übrigen Lohnklassen 2 M. Die sogenannte Stellungskauflei bleibt bestehen. Die Arbeitgeber erklären sich bereit, den Schiedspruch anzunehmen. Die Vertreter der Arbeitnehmer konnten dieses nicht, weil die einzelnen Vertragsgebiete erst zu dem Schiedspruch Stellung nehmen mußten. Es wurde eine Frist von 2 Tagen festgelegt. Beim Ertraben dieser Frist hatten alle in Frage kommenden Vertragsgebiete bis auf 3 ihre Zustimmung zu dem Schiedspruch gegeben. Der Zuschlag für Träger wird für Kalt-, Stein- und Betonarbeiten sowie für Aufträgen auf Balkenlagen abgelehnt. Die durchschnittlich erreichte Lohnerhöhung beträgt für Klasse 1: 60%, Klasse 2: 55% und Klasse 3: 44% die Stunde. Da wir die Möglichkeit haben, nach 2 Monaten erneut an die Unternehmer wegen einer Lohnaufbesserung heranzutreten zu können, ist es dringend notwendig, daß in den einzelnen Vereinen die Preisgestaltung genau verfolgt und festgehalten wird. Ergebnis nach 2 Monaten eine wesentliche Besserung der Preisstellung, so werden wir an Erfolg rechnen können. Als die nötigen Unterlagen dafür dürfen nicht fehlen. Es ist also Pflicht der Vereine, dieses genau zu beachten.

**Berlin.** Die Verhandlungen im Berliner Baugewerbe haben sich diesmal äußerst schwierig gestaltet. Bekanntlich ist der Verband der Baugewerkschaft von Groß-Berlin am 1. April im Deutschen Arbeiterverband beigetreten. Die Berliner Unternehmersonsation nahm also diesmal beim Abschluß des Tarifvertrages an den zentralen Verhandlungen teil. Es wurde zunächst über den allgemeinen Mantelvertrag verhandelt. Nachdem die erste Fassung der zentralen Verhandlungen beendet war, setzten, gemäß einer in Hannover getroffenen Vereinbarung, die örtlichen Verhandlungen ein. Wir hatten unsere Anträge zur Erneuerung des Tarifvertrages am 12. April eingereicht. Die erste Sitzung fand am 26. April statt. Da eine Anzahl dieser Anträge durch die Zentralinstanzen erledigt werden mußten, hatten wir uns in der örtlichen Tarifkommission nur noch über die übrigen Anträge zu unterhalten. Inzwischen hat dann die zweite Sitzung in den zentralen Verhandlungen stattgefunden und es waren fast alle Punkte fruchtig gelöst. Die dritte Sitzung konnte wegen des Verbandstages erst am 16. und 17. Mai stattfinden. In dieser Sitzung hat man Vereinbarungen getroffen, die nachträglich die Zustimmung der Zentralinstanzen gefunden haben. Am 19. Mai haben wir zum zweiten Male örtlich verhandelt. Obwohl sich die Parteien in einigen Punkten verständigen konnten, blieben untermier noch andere Punkte fruchtig, die wir dem Schiedsgerichtsausschuß für Groß-Berlin zur weiteren Prüfung und Entscheidung unterbreiteten. Wor alle Dingen handelte es sich um die Höhe des Stundenlohnes. Unser Antrag ging dahin: Der Stundentlohn soll nach dem in Hannover getroffenen Vereinbarung in allen Gruppen vom 29. Mai an eine weitere Aufbesserung von 2,30 M. erfahren. Die Unternehmer erklärten auch diesem, daß sie im Hinblick auf die außerordentliche Höhe der Forderung nicht in der Lage seien, die Angebot zu machen. Ein neuer Differenzpunkt war die Nacht- und Sonntagsarbeiten. Wir verlangten eine Erhöhung von 25% und 70% der Lohnsätze und von 25% der Arbeitszeit für die Nacht- und Sonntagsarbeiten. Die Unternehmer lehnten diese Forderung nach wie vor mit der Begründung ab, daß durch eine derartige Bestimmung jede Rationalisierungsmöglichkeit unterbunden sei. Auch über die Höhe der Zuschläge für Überstunden, Nacht- und Sonntagsarbeiten konnte keine Einigung erzielt werden. Die Unternehmer beantragten, daß die Zuschläge nicht mehr in Prozenten, sondern in absoluten Zahlen festgelegt werden. Außerdem blieben einige Forderungen zu dem Tarifvertrag für Betonarbeiten fruchtig. Die Unternehmer gaben am Schluß der Sitzung bekannt, daß sie ihre Zustimmung zu dem Schiedsgerichtsausschuß des Schiedsgerichtsausschusses davon abhängig machen

müßten, daß die Entscheidungen der Unparteiischen in den zentralen Tarifverhandlungen vom Deutschen Arbeiterverband angenommen werden. Am 21. Mai nahm dann der Schiedsgerichtsausschuß unter Mitwirkung des Obmannen die gestellten Forderungen an. Die Unparteiischen erklärten sich demnach mit dem von ihnen abgelehnten Schiedspruch einverstanden. Die Parteien haben bei dem von ihnen abgelehnten Schiedspruch folgende Grundzüge zu beachten: Für Maurer, Bauarbeiter, Betonarbeiter und alle sonstigen unter dem Tarifvertrag fallenden Arbeitnehmer: 1. Arbeitslohn: Die Stundentlöhne der Arbeitnehmer sollen vom 29. Mai 1920 an um 80% und vom 1. Juli 1920 um weitere 30% erhöht werden. 2. Zuschläge für Überstunden usw.: Es verbleibt bei den bisher geltenden Bestimmungen des § 4 Absatz 4 a und b. Hinsichtlich der Zuschläge für schmutzige Arbeiten soll diejenige Regelung maßgebend sein, die bei dem am 26. Mai begangenen Tarifverhandlungen für den Schornstein- und Kesselbau vereinbart wird. 3. Die Arbeitnehmer im Beton- und Eisenbetonbauwerke erhalten für Überstunden und die dazugehörigen Zuschläge wie die Maurer und Bauhilfsarbeiter. 4. Für Gemeinplatz- und Wasserleitungsarbeiten ist kein besonderer Zuschlag zu zahlen. 5. Die Einkünder sollen bei Vorhaltung des Tarifvertrages durch den Arbeitnehmer hierfür täglich eine Entschädigung von 20% erhalten. 6. Das Jahrgeld von und zu der Arbeitsstelle ist nicht besonders zu vergüten, da es im Lohn mitbegriffen ist.

Die Abstimmung über vorstehenden Schiedspruch erfolgte am 7. Juni in den Vereinen und fand die Zustimmung der Berliner Kollegen. Am 11. Juni teilten uns die Unternehmer mit, daß die Generalversammlung im Verband des Baugewerkschaftsausschusses vom 21. Mai 1920 angenommen. Hiernach werden die Stundentlöhne für das Dach- und Betonbaugewerbe vom 29. Mai an um 80% und vom 1. Juli an um weitere 30% erhöht. Die Nachzahlung erfolgt am Freitag, den 18. Juni. Nachdem auch die zentralen Verhandlungen für das Tiefbaugewerbe über den Mantelvertrag ihren Abschluß gefunden haben, ist zu erwarten, daß die übrigen Verhandlungen ein befriedigendes Resultat zeitigen werden.

**Coblenz.** Wie es um die politische Neutralität der christlichen Gewerkschaften bestellt ist, davon gibt nachfolgender Brief des örtlichen Gewerkschaftssekretärs Brendel in Coblenz Zeugnis. Brendel schrieb an einen Kollegen, der für sich mit einer guten Anzahl Christen von den Christen zu einer freien Gewerkschaft übertrat:

Coblenz, den 4. Juni 1920.

Meiner Kollege! Kollege Gammelnann hat mit Deinen Brief, den ich hier beilege, zur Kenntnisnahme zugefunden. Ich kann es nicht unterlassen, Dir einiges darauf zu erwidern. Die christliche Gewerkschaftsbewegung ist parteipolitisch neutral, das heißt mit anderen Worten: in den Wahlleiteranstellungen und sonstigen Veranstaltungen und Einrichtungen der Gewerkschaft darf nicht für oder gegen eine bürgerliche Partei Stellung genommen werden. Das ist bis jetzt auch streng durchgeführt worden. Das Jahr noch gewerkschaftliche Kinder sein, habt Ihr durch eure Parteimitgliedschaft, die in gar nicht begründet ist, klar und deutlich bewiesen. Der Kollege Zremmel als Vorsitzender unsern Verbandes, der Katholik und Zentrumsmann ist, hier in Coblenz von der Zentrumspartei als Zentrumsmann aufgestellt wurde, seid Ihr aus dem Verbande ausgeschieden und in der Sozialdemokratie übergetreten. Der Vorsitzende des christlichen Bauarbeiterverbandes, der Kollege Franz Behring, Protestant und bekanntlich ein meinest Weisens zur deutschen Volkspartei. Auch er ist Abgeordneter, aber seine Drangruppe, die sich in überwiegend überwiegender Weise aus katholischen Arbeitern zusammensetzt, ist diesbezüglich ins rote Lager abgewandert, im Gegenteil, sie halten vor wie neue Welt und freuen sich, daß ihr Vorhaben im Reichstag ihre Interessen vertreten kann. Desgleichen ist die Vorherrschaft von dem Verbande christlicher Heimarbeit, Fräulein Margarethe Böhm, protestantisch und Mitglied der Nationalversammlung. Sie gehört ebenfalls zu einer rechtsstehenden Partei, aber nicht zum Zentrum. Da habe ich mich die letzte Überzeugung, daß das oben Angeführte bei Euch wenig mehr zu sagen hat. Ich möchte damit nur beweisen, daß die von Euch angeführten Gründe vollständig unberechtigt sind. Daß es Euch ohne Ursache ins rote Lager gezogen hat, wird wohl tiefere Gründe haben. Bei Euch handelt es sich wahrlich nicht um sogenannte Aufschneidepredigten, denen ihre Heiligkeit nicht mehr über oder gar nichts mehr bedeutet. Triffst du zu, was ich vermute, dann freut es mich, daß Ihr gegangen seid, denn an solchen Leuten haben wir tatsächlich kein Interesse. Wir nennen uns christliche Gewerkschaften und verlangen von unsern Mitgliedern, daß sie eine christliche, aber keine parteipolitische Bestimmung haben. Da man nicht in den Sozialdemokraten im Reichstag eine christliche Gewerkschaft finden kann. Freundslichen Gruß!

Peter Brendel, Schloßstraße 4a. Demnach liegt also die Sache so, daß die christlichen Gewerkschaften gegenüber allen bürgerlichen Parteien neutral sind, aber feindlich sind den sozialdemokratischen Parteien gesinnt. In Wirklichkeit ist also die bisher behauptete parteipolitische Neutralität nur Maske gewesen. Damit legen sich natürlich die christlichen Gewerkschaften in Widerspruch mit der Bestimmung der meisten ihrer Mitglieder, denn auch in den christlichen Gewerkschaften ist die sozialistische Richtung sehr stark entwickelt. Nur der Glaube, daß ihre christliche Überzeugung bei uns leiten könnte, hält sie uns von der parteipolitischen Frage fern. Sie weilt eben so fest an dem Reichstag. Brendel hat sich nun das Verdienst erworben, offen auszusprechen, daß der Zweck der christlichen Gewerkschaften in der Bekämpfung der Sozialdemokratie, also der Demokratie und des Sozialismus besteht. Damit ist gesagt, daß die christlichen Gewerkschaften wirtschaftlich schupferrig die überlebenden Unternehmern und parteipolitisch schupferrig die Reaktion sein sollen. Wir nehmen an, daß Brendel für diese Vorgeschichte von den Oberen der christlichen Gewerkschaften gebührend durchgelassen wird. Die Mitglieder seiner Organisationsleitung dagegen können aus diesen offeneren Kenntnissen eines Eingeweihten erlernen, wozu die Parteimitglieder dienen muß.

**Dresden.** Am 13. Juni fand hier eine außerordentliche Vertreterversammlung statt, zu der 72 Kollegen, einschließlich des Vorstandes, des Vereinsausschusses und der Revisionen, erschienen waren. Die Begrüßung wurde durch den Kollegen Richter, die Baugemeinschaft „Grundstein“ durch den Kollegen Friedrich vertreten. Kollege Barth berichtete über die Geschäftstätigkeit im 1. Quartal. Die Verhandlungen über die Lohnforderungen brachten uns vom 14. Februar an einen Aufschlag von 1,60 M für Hilfsarbeiter und 1,65 M für Maurer. Witten in die Zeit unserer beständigen Verhandlungen sei die zentrale Vereinbarung, die natürlich auf den für uns bestimmten Schiedsspruch hin zu richten. Inzwischen haben wir in Sachsen 40 M mehr bekommen als die Kollegen im übrigen Deutschland. Dafür müssen wir bezüglich der Vertragsdauer ein Opfer bringen, da unser Schiedsspruch bis 30. Juni gilt. Die Arbeitsstätten in Sachsen haben den Schiedsspruch gleichfalls anerkannt. Auch der neue Reichs-Vertrag hat uns einen Schritt weiter gebracht, wenn er auch durchaus nicht alle unsere Forderungen und Wünsche erfüllt. Die örtlichen Verhandlungen sind bereits im Gange und hinsichtlich der Auslösung ist eine unvermeidliche Einigung erzielt worden. Sie beträgt vom 14. Juni an für Höhe 10 M und für Reichweite 12 M täglich. Weitere wichtige Fragen, wie die Christenfeierlichkeiten, sind noch nicht entschieden, jedoch, daß auch darüber in der nächsten Woche eine Einigung erzielt wird. Weiter besteht im Vereinsgebiet große Arbeitslosigkeit. Ende Mai 1919 hatten wir 680 Reichslose: 217 Maurer und 463 Hilfsarbeiter. Ende Mai 1920 hatten wir dagegen 869 Reichslose: 169 Maurer und 694 Hilfsarbeiter. In der letzten Woche hatten wir sogar 971 Reichslose. Die private Bautätigkeit ist fast ganz eingestiegen und die Baugemeinschaften können wegen der geringen Reichslosigkeit nicht mehr bauen. Auch die sogenannten Vollständig-arbeiten werden nach und nach eingestellt, weil den Gemeinden die Mittel fehlen. Die Unternehmer verlangen, die Lage für sich auszunutzen, so daß die Verhandlungen deshalb außerordentlich schwierig sind. Von einem etwaigen Abbau der Löhne kann aber keine Rede sein, da sich die Lage der Arbeiter ständig verschlechtert. Am 31. Dezember 1919 hatten wir 11 664 Mitglieder. Im 1. Quartal dieses Jahres sind eingetreten 608, zugerechnet 97, übergetreten aus anderen Verbänden 214, vom Militär zurückgeführt 162 Mitglieder. Abgetreten sind 311, in andere Verbände übergetreten 600, ausgestiegen 18, gestorben 33 und wegen Schulden getrennt worden 196 Mitglieder. Am Ende des Quartals hatten wir 11 682 Mitglieder. 9699 Kollegen hatten ihre Beiträge voll bezahlt, 1969 waren 1 bis 4 Wochen, 164 waren 5 bis 8 Wochen und 51 mehr als 8 Wochen im Rückstand. Von den Mitgliedern sind 6386 Hilfsarbeiter, 5052 Maurer, 95 Beton- und Zementarbeiter, 80 Stukkatoren, 65 Pfeifenleger und 54 Jofliere. Vom Vereinsgebiet werden nur einige Ortsgruppen an die Vereine Birna und Weissen abtreten. Die vor uns liegende Gruppe der Schornstein- und Feuermaurer ist zurzeit in einer Lohnbewegung. Es muß alles daran gesetzt werden, um diese erfolgreich zu beenden. Der Berichterstatter ging auch auf das Verhalten unserer oppositionell gestimmten Kollegen ein, das er entschieden verurteilt. Vor einiger Zeit berieten die Reichslosen eine Versammlung ein, deren Beschlüsse zum Teil symbolisch waren, die dort für ihre Union Propaganda machten. Wer sich für Union bekennt, kann selbstverständlich nicht bei uns Mitglied sein. Zwei Tage vor der Wahl der Delegierten zum Verbandstreffen trafen sie einen Mann, in dem sie zur Wahl oppositioneller Kandidaten aufforderten, obwohl bei der Wahl ein solches Verbot bestand. Kollege Fritz gab den Kollegenbericht. Der Stellenbestand beträgt 314 680,93 M, die Ausgabe im 1. Quartal 799 746,07 M, einschließlich der Gelder der Kriegskassier. In der Aussprache, die teilweise sehr erregt war, verurteilten die sich zur Opposition stehenden Kollegen ihr Verhalten zu verurteilen. Es wurde ihnen jedoch zu verstehen gegeben, daß jede Dummheit eine Grenze haben müsse, keinesfalls dürfen Bauarbeiterverhandlungen ohne Beteiligung des Vereinsausschusses einberufen werden, wenn nicht die größte Verwirrung in den Kreisen unserer Kollegen hervorgerufen werden. Ferner wurden Maßnahmen gegen die folgende Erwerbslosigkeit verlangt. Es wurde beschlossen, zeitlich an den Eintrittsgeld zu erhöhen: für den ersten Eintritt 5 M, für den zweiten 10 M und für den dritten 25 M. Die wöchentlichen Beiträge sollen betragen 2,40, 2,60 und 2,80 M für die Hauptklasse. Die nicht angestellten Kolportage sollen von jeder verkaufte Beitragsmarkte 15 M und für jeden zugestellten „Grundstein“ 10 M erhalten. Bei den kommenden Lohnverhandlungen sollen 7,50 M als Erstzulage einbezogen werden. Dabei wurde zum Ausdruck gebracht, daß der weitere Unterschied zwischen Maurer- und Hilfsarbeiterlohn wieder hergestellt werden möge. Kollege Barth erwiderte die Kollegen, für die Durchführung der sozialen Baubetriebe zu wirken. Kollege Richter wies auf die am 1. Juli stattfindende Demonstrationssammlung hin. Der Bericht Bauemischer Grund beschränkte den Bericht zu teilen. Nach der Erwiderung dieser und einiger anderer Fragen schloß der Vorsitzende die Versammlung.

unvergleichlich einwirken, damit die Verhandlungen über die Lohnfrage in allen Orten mit dem Deutschen Bauarbeiterverband erneut aufgenommen werden. 3. Den Bauarbeitern darf der gegenwärtige Steuerantrag nicht früher am Lohn geknüpft werden, als die Lohnfrage zur Zufriedenheit der Bauarbeiter gelöst ist.“ Die Forderungen 1 und 3 wurden mit ausbleibender Mehrheit abgelehnt. Hingegen wurde, sprach Herr Röhler, bei dem Landesverband dahingehend einverstanden, daß dieser den Landesausschuß einberufen soll, um über die Lohnfrage erneut zu beraten. Die Bauarbeiter-Delegation Göttingens wird sich mit diesem Ergebnis nicht zufriedengeben können. Angesichts der herrschenden Lageierung oder Lebensmittelpreise wird sie den Kampf um die Durchsetzung einer dieser Lebenshaltung energisch aufnehmen, das mögen sich auch die gelangt sein lassen, die an diesem Schiedsspruch mitgearbeitet haben.

**Samburg.** Am 14. Juni fand eine außerordentliche Generalversammlung des Bezirksvereins statt. Kollege Möller machte bekannt, daß als Ergebnis der seit Wochen geführten Lohnbewegung nun auf unsere Veranlassung durch Anrufung des Bezirksausschusses und durch Beratung eines unparteiischen Schlichtungsausschusses am 9. Juni der nachfolgende Schiedsspruch gefaßt wurde: 1. Arbeitstage: Auf die Stundenlöhne der Arbeitnehmer soll mit Wirkung vom 29. Mai 1920 ein Aufschlag von 40 M geachtet werden. 2. Zum Ausgleich von Fröhe und Begehr für das Lohngebiet I ist auf den oben genannten Stundenlohn ein weiterer Aufschlag von 20 M ebenfalls mit Wirkung vom 29. Mai 1920 an zu gewähren. 3. Den Parteien wird anheimgegeben, über die Frage der Ueberstunden nochmals unter sich zu verhandeln. Erklärungsfrist bis 15. Juni, nachmittags 4 Uhr. Danach und auf Grund der Reueinteilung der Zeitgebiete gefaßt hat die Stundenlöhne wie folgt:

Zweiggebiet	Ähne pro Stunde	Erhöhung um	Wam
	Ä	Ä	29. Mai 1920
<b>Lozhngeliet I:</b>			
Groß-Samburg	560	60	620
Alt-Samburg	550	70	620
Vergerdorf	560	70	630
<b>Lozhngeliet II:</b>			
Altenburg	505	75	580
Großhad	440	40	580
Reinbeck	495	85	580
Wierland	495	85	580
Oschensoll	515	65	580
<b>Lozhngeliet III:</b>			
Ostfeld	505	55	560
Winnigstedt	505	55	560
Pinneberg	505	55	560
<b>Lozhngeliet IV:</b>			
Quidborn	495	45	540

- Für Pfeifenleger und Stukkatoren erhöhen sich diese Löhne um 10 M, für Hilfsarbeiter aller Gruppen erniedrigen sich diese um 10 M die Stunde. Die auf den Spruch gegangenen Erwartungen haben sich im Spruch zum Teil erfüllt. Die Tätigkeit der Bauarbeiter als Saisonarbeiter ist nicht genügend berücksichtigt. Das Minimum ist bei einem Lohn von 6,20 M die Stunde durchaus nicht gesichert. Die Bestimmungen der Zimmerer und Malchmisten haben bereits zugestimmt. Bedner erwiderte auch die heutige Versammlung, auf Verlangen des Vereinsausschusses dem Spruch zustimmen. Bei der Verhandlung handelte aber Bedner auf dem Standpunkt, daß der Aufschlag vollständig ungenügend sei. In Anbetracht der unangünstigen Situation jedoch traten einige Bedner für die Annahme ein. Die Abstimmung ergab die Annahme des Schiedsspruches. Eine lebhafte Aussprache über die Höhe des Beitrages am 1. Juli an hervor. Die Frage der Beitragszahlung auf 4,80 M laut Beschluß des Verbandes, waren alle Bedner einverstanden. Desgleichen wurde für nicht im Dienste beschäftigte und minder entlohnte Mitglieder ein Beitrag von 3 M wöchentlich festgelegt. Dem Vorschlage des Vereinsausschusses, dem Antrittsgeld bei der Aufnahme des Beitrages auf 4,80 M zu erhöhen, wurde zugestimmt. Insofern tritt als neues Mitglied ein und zahlt 30 M. Erhöht. Die Einstellung einer Hilfskraft für den Ausendienst soll ausgeschrieben werden. Die Besprechung der Anträge Uhlhorn und Barndorf, nach denen in Zukunft nur ein Vorstandsmitglied zum Verbandstag delegiert werden möge, wird ebenfalls rege diskutiert. Eine Abstimmung über die Anträge konnte nicht vorgenommen werden, weil damit gegen das Statut verstoßen würde.

**Sannover.** Am 13. Juni fand die Generalversammlung des Bezirksvereins statt. Anwesend waren: 5 Vorstandsmitglieder, 6 Vereinsausschussmitglieder, 3 Revisoren, 3 Vertreter der Sektionen und 83 Hilfsarbeiter. Nicht vertreten waren die zahlreichsten Ute- und Wehnerkollegen. Kollege Weigt war ein einziger Geschäftsbereits vom 1. Quartal. Er betonte, daß die Agitation unter dem bisherigen schlechten Bahnverkehr sowie durch die schlechten Verhältnisse besonders bedauerlich war. Er behandelte ferner die Lohnbewegung von Hannover, die bis jetzt und erwiderte, daß hauptsächlich der früheren Mißbrauch gebracht werden konnten. Er erläuterte dann die verschiedenen neuen Bestimmungen im Reichsstatut. Um die Rechte der Arbeiter zu wahren, müsse jeder Kollege, besonders die Bauleitenden, sich eingeben mit den Bestimmungen des Vertrages und auch des Betriebsratsgesetzes. Bedner wandte sich hierauf zu den örtlichen Lohnbewegungen und bemerkte, daß sich diese infolge der schlechten, insofern politisch-wirtschaftlichen Verhältnisse besonders schwer gestalten. Aus dem bisherigen Gange der Verhandlungen sei zu ersehen, daß die Unternehmer insofern nicht fruchtbar auf Lohnverhandlungen sind, als sie die Arbeiter entgegenstellen. Einigkeit und Vertrauen zur Zeitung sei unbedingt notwendig, um die Interessen der Kollegen den Unternehmern gegenüber vertreten zu können. In der Aussprache wurde das Verhalten der Unternehmer scharf verurteilt und die Ausföhrungen des Kollegen Göttinger, die sich auf die verschiedenen Bestimmungen des Statutes beziehen, wurde erwidert. Er besprach in seinen Ausführungen die neuen

Bestimmungen und Einrichtungen, die der Verbandstag beschlossen hat. Auch erläuterte er die Bestrebungen des Verbandes, den Bauarbeiter zu fördern und die Sozialisierung. Auch die Bestrebungen einen Bauernverband zu gründen, in dem alle Gewerkschaften der Hand- und Kopfarbeiter vereinigt seien. In der Aussprache kritisierten verschiedene Kollegen, daß die Sozialisierung nicht genügend gefördert werde. Auch die Regelung der Wehner sei nicht als gerecht anzusehen, in Übrigen wurde dem Bericht zugestimmt. Kollege Uebel gab hierauf den Stellenbericht vom 1. Quartal. Die Einnahme und Ausgabe der Hauptkasse betrug 50 656,15 M. Die Einnahme der Hauptkasse mit Kassenbestand betrug 46 207,11 M. Die Ausgabe 44 251,87 M. Es blieb ein Kassenbestand von 1955,44 M. Der Mitgliederbestand betrug am Schluß des 4. Quartals 5032; neu eingetreten sind 628, zugerechnet 224, übergetreten 191, vom Militär zurückgemeldet wurden 73 Mitglieder; abgetreten 383, gestorben 10, ausgestiegen 299, getrennt wurden 369 Mitglieder. Am Schluß des 1. Quartals hatten wir demnach 5087 Mitglieder. Der Berichterstatter wies darauf hin, daß die hohe Ausgabe im 1. Quartal auf allgemeine Teuerung und auch auf Umländerungen und notwendigen Neuanschaffungen im Bureau zurückzuführen seien. Ferner machte er darauf aufmerksam, daß von der 16. Woche an die Beiträge nicht mehr eingezahlt wurden, weshalb muß dafür gefordert werden, daß bis dahin alle Rückstände beglichen sind. Das liegt im Interesse des einzelnen Kollegen. Bei Postenbindungen muß, um Strafpunkte zu vermeiden, der neue Postkarte beachtet werden. Nachdem noch verschiedene dringliche Anträge erledigt waren, schloß Kollege Weigt mit einer anerkennenden Ansprache die Versammlung.

**Kattowitz.** Nachdem am 28. Mai der bestehende Reichsstatut für das Baugewerbe abgelaufen war, fanden mit dem Arbeitgeberverband für das Baugewerbe Verhandlungen über die neuen Löhne statt. Es eine Einigung nicht erzielt wurde, so kamen beide Parteien dahin überein, daß der Schlichtungsausschuß die Lohnfrage entscheiden sollte. Die Schlichtungsausschuß leitete am 29. Mai ein Schreiben an die Arbeiter, in dem die Löhne der Maurer, Zimmerer und Joflierearbeiter um 1,11 M, der Lohn der Hilfsarbeiter um 1,02 M zu erhöhen sei. Diese selbst gemachte Entscheidung wurde jedoch von den Arbeitervertretern nicht und er lebte nicht an. Er hat an Stelle der 1,11 M 41 M anstatt 1,02 M 2 M. Diese Verhöhung konnten sich die Bauarbeiter nicht gefallen lassen. Sie beschlossen daher, durch Paulsen die Anerkennung des Schiedsspruches zu erzwingen. Auf Grund dieses Beschlusses trafen die Kollegen in Kattowitz die Arbeit ein. Die Kleinmeister und Sittenburger Kollegen nahmen am 30. Juni zu dieser Lage Stellung und es dürfte auch dort zu Arbeitsstörungen kommen. Inzug nach diesen Orten und Arbeitsstellen ist fernzuzulassen.

**Saarbrücken.** Um Besuch war die am 6. Juni abgehaltene Generalversammlung für das verfloßene Quartal. Als Delegierte waren 45 Kollegen aus 53 Ortsgruppen und 4 Verbandsglieder anwesend. Kollege Reichhof gab den Stellenbericht, der für die Hauptkasse eine Einnahme von 33 665,05 M und eine Ausgabe von 38 665,15 M ergab; für die Hauptkasse, einschließlich Kassenbestand vom vorigen Quartal, eine Einnahme von 19 075,72 M und eine Ausgabe von 14 008,31 M. Kollege Reichhof gab den Geschäftsbericht, nach dem die Mitgliederzahl von 3547 am Schluß des vierten Quartals 1919 im verfloßenen Quartal auf 4303 gestiegen ist. Er führte aus, daß es nun eine Hauptaufgabe sein müsse, die vielen neugewonnenen Mitglieder auch zu halten. Der Diskussion können wir nicht entgegengetreten werden, wenn die Kontrolle auf den Baustellen schärfer als bisher gehandhabt wird und das Eintreten der Arbeiter pünktlich erfolgt. Außer 2 öffentlichen Versammlungen in Burbach und Willingen haben mehrmals Mitgliederversammlungen in den einzelnen Jofliere- und Zimmerer-Ortsgruppen, deren Zweck zum Teil erfüllt war. Lohnbewegungen haben wir im Quartal 2 gehabt, die uns als Lohnverhöhung von 15. Januar an 1 M für alle Bauarbeiter, vom 15. März an für geringere Bauarbeiter 1,40 M und für ungelernete 1,90 M pro Stunde brachten. Von der gegenwärtigen Lohnbewegung berichtet Bedner, daß die Unternehmer die Forderung einer Lohnverhöhung ablehnten hätten mit dem Hinweis, daß wenn die noch in geringem Umfang bestehende Bautätigkeit vollends zum Erliegen käme. Die Bautätigkeit ist ja gegen unsere Erwartungen etwas zurückgeblieben, aber zu einer Entmutigung ist kein Grund vorhanden, da in Anbetracht der großen Wohnungsnot noch für dieses Jahr die Fertigstellung einer Menge Steinwohnungen zu erwarten ist und auch die Bergwerksdirektion mit dem Neubau von Kolonien demnächst beginnen wird. Den Bericht vom Verbandstage nahm die Versammlung mit der Erkenntnis entgegen, daß wir mit der Zeit immer weiter befristete Arbeit wohl zurückzuführen des Eintragsgeldes, das bis jetzt 2 M betrug. Einstimmig wurde ein Antrag angenommen, demzufolge vom 1. Juli an das Eintrittsgeld 4 M betragt; wer das zweite mal eintritt, hat 8 M und beim drittenmal 12 M. Eintrittsgeld zu bezahlen. Einen glänzenden Standpunkt nahm die Versammlung in der Frage der Frontenlösung der Frontenlösung für das Saargebiet ein, indem sie diese einmütig ablehnte. Abgesehen von allen in Betracht gezogenen Erwegungen, denen zufolge die Einführung der Frontenlösung für das Saargebiet dem schädlichen Baue durchaus keine wirtschaftliche Vorteile bringt, und abgesehen davon, daß wir, frei von nationalitätlichen Bestrebungen, der gedachten, aber schwerer unter die Häber gekommenen Französisierung nicht wieder auf die Beine helfen wollen, richtete sich auch die Meinung der Versammlung geschlossen gegen die Frontenlösung auf gewerkschaftlichen Gründen, insofern ihre Einführung eine Trennung zwischen Bezirksvereinen und Zentrale bedeute. In der Erkenntnis dieser Gefahr hat sich die Versammlung denn auch entschieden, die Frontenlösung aufzugeben. Mit einem Appell an die Kollegen zur weiteren Wahrung ihrer Interessen und zur Unterstützung der Deutschen Bauarbeitervereine schloß Kollege Reichhof die Versammlung.

**Waldenburg i. S.** Die Verhandlungen für das Zeitgebiet Waldenburg sind als gescheitert zu betrachten. Eine Forderung von 7,20 beziehungsweise 7,10 M stand ein Angebot auf 10% Zulage von den Unternehmern gegenüber. Der bisherige Stundenlohn beträgt für einen Maurer 4,75 M,



für den Bauhilfsarbeiter 4,65 M. Da die Böhne selbst bei den Werksmännern über 5,50 M. betragen, so mußte das geringe Angebot der Unternehmer energisch zurückgewiesen werden. Es wurde darum auch für Freitag, den 25. Juni, die Arbeitsniederlegung beschlossen. Zugang ist ferngehalten.

**Isolierer und Steinholzleger.**

Der Wirtschaftsbund für das Isoliergewerbe hat zur Entscheidung über die fristig gebliebenen Punkte des Reichstaxivertrages das Reichsarbeitsministerium auf Grund des § 22 der Verordnung vom 28. Dezember 1918 ersucht, das Schlichtungsverfahren zu übernehmen. Das Reichsarbeitsministerium hat nun Termin auf Freitag, 2. Juli, anberaumt. Unsere Organisation hat dem zugestimmt und wird durch die Verhandlungskommission dort vertreten sein. Öffentlich fällt die Entscheidung so aus, daß Kämpfe vermieden werden können.

**Feuerungs- und Schornsteinmaurer.**

Am 21. und 22. Juni fanden in Hannover erneute Verhandlungen für die Erneuerung des Reichstaxi statt, die zu einem befriedigenden Ergebnis führten. Überdies bedurften die Angehörigen der Unternehmer noch der Anerkennung ihrer Generalversammlung, die vom 25. Juni an in Goslar tagte. Entgegen unseren Erwartungen hat diese Generalversammlung den getroffenen Abmachungen nicht zugestimmt. Vereinbart wurde, wie bereits in Nr. 23 des „Grundstein“ berichtet wurde, den Durchschnitt des Lohnes der Städte Berlin, Breslau, Dortmund, Hannover, Leipzig und Stuttgart als Grundlohn festzusetzen. Da genauere Unterlagen aus den einzelnen Orten fehlten, wurde vorläufig der Grundlohn auf 6 M. festgesetzt. Auf diesen Grundlohn sollen die Feuerungsmaurer 10%, die Schornsteinmurer 25% Zuschlag haben, somit einen Lohn für erstere pro Stunde 6,60 M., für letztere 7,50 M. Dieser sollen in jeder Gruppe 80-90 weniger erhalten. Sofern infolge der Festsetzung des Grundlohnes in einer Stadt mit hohen Löhnen der Lohn der Feuerungsmaurer niedriger als der Lohn der Hochbauarbeiter ist, soll unter allen Umständen der Feuerungsmaurer 10 A pro Stunde mehr erhalten als der Hochbauarbeiter. Dasselbe Verhältnis soll zwischen dem Lohn der Helfer und dem der Bauhilfsarbeiter eintreten. Als Zuschlag zu den Ueberstunden, zur Nacht- und Sonntagsarbeit sollen die Sätze des Hochbaues gelten; wo hierüber keine Bestimmungen bestehen, wird für Ueberstunden 50 A, für Nacht- und Sonntagsarbeit 1 M. bezahlt. Bei Arbeiten auf Kranzgerüsten sollen pro Stunde 75 A, bei schmalen Arbeiten 50 A, bei heisser Arbeit 50 A, bei Schararbeit 75 A extra gezahlt werden, jedoch dürfen auf keinen Fall mehr als 3 Erholungsstunden zu gleicher Zeit in Anrechnung kommen. Bei ausserordentlichen Arbeiten, wo der Arbeiter über den Rahmen des Durchschnittes (nach Festsetzung des Hochbaues) hinaus zur Arbeitsleistung fähig sein muß, sollen, wenn die tägliche Leistung möglich ist, für jeden zurückgelegten Zentimeter (Zm- und Stückzahl) als Entschädigung für Fahrgehalt und Zeiterümsatz 50 A pro Tag vergütet werden. Wenn am Arbeitsort übernachtet werden muß, soll als Auslösung der dreifachen tarifliche Stundenlohn des Maurers am Arbeitsort gezahlt werden. Bei Reisen nach dem Arbeitsort im Fernverkehr wird als Entschädigung für Fahrgehalt und Zeiterümsatz ein Kilometergeld gezahlt, das sich aus dem Fahrpreis und dem 20. Teil des Grundlohnlohnsummes zusammensetzt und nach oben abgerundet, vorläufig 88 A pro Kilometer ergeben würde. Hierzu kommt vorläufig für jede Meile ein fester Zuschlag in Höhe des zweifachen Betrages des Grundlohnlohnsummes, gleich 12 M. Es wurde ferner vereinbart, daß die neuen Sätze vom 11. Juni an nachgezahlt werden sollen. Den Kollegen fühle demnach ein Stundenlohn zu: Feuerungsmaurer 6,60 M., Schornsteinmurer 7,50 M. pro Stunde, Helfer jeder Gruppe 80 A pro Stunde weniger sowie die vorher genannten Entschädigungen bei erschwerter Arbeit und auswärts.

Nun verlangt aber die Generalversammlung der Unternehmer folgende Abänderungen:

1. Der Grundlohn soll nicht genau zu errechnen.
  2. Als Zuschlag für Schornsteinmurer statt 25% nur 20%.
  3. Bei ausserordentlichen Arbeiten mit Ueberstunden am Arbeitsort statt des vereinbarten dreifachen Stundenlohnes der zweifache.
  4. Die Nachzahlung vom 11. Juni an soll nur erfolgen, wenn innerhalb 8 Tagen eine Einigung erfolgt ist.
- Eine persönliche Rücksprache soll allerdings noch zwischen den Vorstandsmitgliedern in Berlin geschehen.
- Auf Grund der getroffenen Vereinbarungen hatte die Verhandlungskommission der Arbeiterorganisationen sich bereits erklärt, dem Vertrage zuzustimmen. Nach den verlangten Abänderungen ist dies nicht mehr möglich; denn das, was die Unternehmer verlangen, ist für die fast ständig auf Montage arbeitenden Kollegen von einer solchen Tragweite, daß die Kommission die Verantwortung nicht mehr übernehmen wird. Wir müssen den Dingen nunmehr ihren Lauf lassen und wird es dann jedenfalls noch in einer Reihe von Orten zu Arbeitseinstellungen kommen.

**Vom Bau.**

Eine Stadt aus Lehm. Der Behlmschlampbau ist die neue sparsame Bauweise, die von vielen als die angelegentlichste und praktischste Form des Häuserbaues empfohlen wird. Die modernen Vorkämpfer dieser Methode können sich dabei auf die Baumeister von vor Jahrhunderten berufen, die auf diese Weise schon höhere Häuser geschaffen haben. Es gibt noch heute Gebiete, in denen der Lehmbau durch eine jahrelangende alte Tradition fortbesteht und noch heute vorkommt. Die Stadt ist in unralter Vergangenheit. Dies ist zum Beispiel in Südpalmen der Fall, und in eine solche aus Lehm gebaute Stadt führt und der Engländer Charles Fowler in einem hübschen Buchlein, das er von dem Ort Nielsia entwirft. Die einst so stolze Stadt, in der bereits Karthago, Römer und Araber mit Lehm gebaut haben, ist heute ein ver-

geffenes, in idyllischen Räumen dahindämmendes Städtchen. Die Reste der verfallenen 80 Kirchen und Moscheen, die sich einst hier erhoben, sind mit dickstem Grün bewachsen; von dem Balast, der in seiner Bauraat an die Alhambra gemahnt, ist nur noch ein Zimmerrahmen sichtbar, und eine einzige Säule zeigt noch von der Herrlichkeit jenes Tempels, in dem die römischen Legionäre zu dem Standbild des Herakles beteten. Aber die Leute, die heute am Ufer des Rio Tinto ihr Leben führen, bauen noch ebenso, wie die Vorfahren bauten. Holz ist selten und teuer; die Ziegel, die man mühsam herbeischaffen muß, kosten so viel, daß der gewöhnliche Bewohner von Niebla sie nicht erkaufen kann. Deshalb baut er sein Haus aus Lehm nach demselben Rezept wie vor 2 1/2 Jahrtausenden. Er kauft sich den Baugrund für einen Pappensiel, benutzt als Sintergrund die alte Stabmauer aus Lehm, die wohl die Wäuren errichtet haben, und geht dann mit zwei hölzernen Pfosten, zwei eisernen Säulen aus Blei. Schnell sind die Lehmmauern um den vierseitigen Grundriß aufgerichtet. Als Dach werden Gulasplattens verwendet, die freilich sehr teuer sind, und zur Aufmauerung des Schornsteins leistet sich der südpalmenische Baumeister, wenn er besonders vornehm baut, bunte Mächeln. In erst das Haus da, so geht die Einrichtung vornehmlich schnell vorwärts. Das Flechten von Matten aus Bambus- und Palmensprossen ist eine der wenigen Hausindustrien, die in Niebla blühen. Nach ist der Boden mit solchen hübschen Matten belegt, und ein paar eiserne Beistellen werden für wenig Geld gekauft. — Nach dieser Schilderung scheint es sich nicht um Häuser, sondern um eine bessere Art Juguenerhütten zu handeln, womit uns jedoch nicht gebietet wäre.

**Genossenschaftliches.**

**Genossenschaften und Konsumvereine.** Mitte Juni fand in Bad Pyritzburg der Genossenschaftstag des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine statt. Wie üblich, waren auch dieses Jahr neben andern Gästen Vertreter verschiedener Organisationen anwesend, die in ihren Bezugsgebieten ihre Auffassungen über die Konsumgenossenschaftsbewegung erläuterten. Der Vertreter des Deutschen Genossenschaftsbundes erklärte dabei wohl am klarsten Wesen und Zielsetzung des organisierten Verbrauches. Er sprach von der zusammengebrochenen deutschen Wirtschaft und der Verarmtheit der politischen Verhältnisse. Der Bedarf zur Befreiung sei in der Wirtschaft anzusehen. Der Ruhe und Stetigkeit in die Wirtschaft bringe, leiste geeignete Arbeit für unter hartem getriebenen Volk. Gerade die Konsumvereine, durch ihre jahrelange Arbeit mit dem Bedürfnis der Volkswirtschaft auf Stetigkeit und Ruhe vertraut, seien berufen, die unerlässlichen Vorarbeiten zum wirtschaftlichen Wiederaufbau zu leisten. Die Worte des Vertreters des Deutschen Genossenschaftsbundes waren mehr als höfliche Worte. Sie waren ein Bekenntnis zur Arbeitsmethode unserer Konsumvereine; sie waren zugleich eine einbringliche Mahnung an alle, die es angeht, bei sich selbst mit der Ruhe und Stetigkeit am Wiederaufbau zu beginnen, damit nicht, bevor die Erkenntnis kommt, auch die letzten Möglichkeiten zum Aufstieg verpasst werden. Die Mitglieder unserer starken Genossenschaftsbewegung sollen sich diese Auffassung ihres Vertreters vom Konsumverein zu eigen machen, soweit das noch nicht der Fall ist. Auf ihrem eigenen Gebiet haben unsere Genossenschaftler erfolgreichere Erfolge erzielt, wie die starke Organisation die eigenen, persönlichen Kräfte und Widerstandsfähigkeit wachsen läßt. Die Organisation des Verbrauches ist nur der andere Teil der notwendig zu leistenden Arbeit, an der vordringende einer Selbstentmannung gleichkommt.

**Zentral-Kranken- und Sterbefälle der Bauarbeiter Deutschlands „Grundstein zur Einheit“**

**Zuschußkasse, Hamburg 25, Wallstraße 1.**

Bauarbeitern, Kollegen, im Baugewerbe beschäftigten Arbeitern aller Branchen, die das 60. Lebensjahr noch nicht überschritten haben, gesund und erwerbsfähig sind und das Bedürfnis haben, sich in einer Zuschußkasse gegen Krankheit zu versichern, wird die obenbenannte Krankenkasse zum Beitritt empfohlen.

Im Alter unter 45 Jahren ist der Beitritt nach Belieben in einer der 4 Beitragsklassen, im Alter von 45 bis 50 Jahren nur in der dritten oder vierten Beitragsklasse gestattet. Das Beitrittsgehalt beträgt 2,50 M. und 60 A für das Mitgliedsbuch. Der Beitrag beträgt in der ersten Klasse 2 M., in der zweiten Klasse 1,60 M., in der dritten Klasse 1,20 M. und in der vierten Klasse 80 A pro Woche.

Das Krankengehalt beträgt in der ersten Klasse 8,33 1/2 M., in der zweiten Klasse 6,66 2/3 M., in der dritten Klasse 5 M., in der vierten Klasse 3,33 1/3 M. pro Tag mit Ausschluß der Sonntage. Nach einjähriger Mitgliedschaft beträgt das Bezugsgehalt in der ersten Klasse 500 M., in der zweiten Klasse 400 M., in der dritten Klasse 300 M., in der vierten Klasse 200 M.

Kommen 20 Mitglieder in einem Orte zusammen, so wird daselbst eine Verwaltungsstelle errichtet. Weitere Wünsche Beitrittsformulare überfandt. Auf Wunsch werden Sektionen und haben, sich in einer Zuschußkasse gegen Krankheit zu versichern, und in Kollegenkreisen dafür agitieren.

Der Vorstand, Hamburg 25, Wallstraße 1, I. Et.

Der Nachtrag 3 zur Kasienlegung, der mit dem 1. Juli 1920 in Kraft tritt, sowie die Instruktion dazu sind im Verzeichnis der Bevoollmächtigten und Kassierer sind an die Ortsverwaltungen versandt. Sollte die Sendung in der einen oder andern Verwaltungsstelle nicht angekommen sein, ersuchen wir um umgehende Mitteilung.

Der Vorstand, Dr. H. W. Ehemar, Vorsitzender.

**Bekanntmachung des Ausschusses.**

Nach der Neuwahl des Verbandsausschusses durch den dritten Verbandstag in Karlsruhe hat sich dieser konstituiert und legt sich wie folgt zusammen:

Otto Gaute, Vorsitzender,  
 Wilhelm Lemm, Stellvertreter,  
 Hermann Krämer, Schriftführer,  
 Hermann Ballenstijn,  
 Otto Glabigow,  
 Markus Kradt,  
 Franz Duda,  
 Paul Symanski,  
 August Vogel.

Alle Anfragen, Beschwerden und sonstige Sendungen für den Ausschuss sind an den Vorsitzenden Otto Gaute, Berlin N 65, Lärchenstr. 4 Et., zu richten.

Der Verbandsausschuss, Dr. H. W. Otto Gaute.

**Bekanntmachungen des Vorstandes.**

Das Abrechnungsmaterial für das zweite Quartal ist am 18. Juni an die Vereinstagungen versandt worden. Vereinstagsstände, denen es nicht zugegangen ist, wollen rechtzeitige Nachlieferung beim Verbandskassierer nachsuchen.

Von 20. bis 28. Juni haben folgende Vereine Geld an die Kassapflege gefandt: Hirschfeld 1040,50 M., Tine 9,20, Albreiter 8,95, Buer 2500, Bitterfeld 5,28, Crimmitschau 8000, Cöfel 21,40, Dortmund 10142,45, Culin 1890, Gieschen 46,80, Götting 1000, Halle 12,83, Halberstadt 32,80, Königsberg 18 000, Kiel 20,40, Leipzig 4000, Bismarck 800, Bismarck 27,20, Meissen 2500, Mainz 6700, Magdeburg 6,20, Mittelweide 10, Reine 2000, Regensburg 10,85, Rheinisch 10,40, Staßfurt 2000, Spremberg 128,60, Stuttgart 20 000, Weiden 180, Weissenfels 2000, Wolfenbüttel 42,10, Wittenberge 4000.

Angelegen im „Grundstein“ vom 1. April bis 30. Juni: Altkassier 4,45 M., Bismarck 2,85, Annaberg -45, Wachen 3,40, Buer 3,90, Bitterfeld 1,35, Bernburg -45, Berlin 24,60, Braunschweig 5,70, Brandenburg 7,05, Barmen -75, Bayreuth -90, Bielefeld -60, Bochum 1,05, Bernau -45, Bonn 1,35, Cottbus -60, Cöln -90, Dessau -90, Düsseldorf -15, Dresden 10,20, Darmstadt 5,25, Dortmund 5,40, Eilen 3,45, Erfurt -45, Frankfurt a. M. 1,35, Freiberg 5, -45, Gera -90, Hirschfeld 1,82, 1,80, Hirschfeld 1,05, Oelenau -90, Guben 1,80, Hildesheim -45, Greifswald l. Schl. -45, Gera 4,50, Hamburg 27,50, Hildesheim 1,20, Jagen 3,15, Hannover 8,70, Heilbronn 4,20, Jena 3,60, Kiel 2,10, Kattowitz 1,80, Kayna -60, Koblenz -90, Leipzig 12,85, Langensalza -45, Magdeburg 6,10, Meissen 2,55, Merseburg -90, München 10,85, Magdeburg 6,10, Münster in Westfalen -45, Merseburg -90, Nordhausen -45, Oldenburg 22,70, Oldenburg (Vorpommern) 4,20, Oldenburg -45, Pörsch -45, Plauen 2,40, Pirna -90, Pforten -45, Ravensburg 5,55, Reutlingen -90, Regensburg -45, Schmölln -45, Siegen -45, Sletting 4,85, Stuttgart 5,25, Tietzen -45, Tilly 1,80, Zeitz -45, Hain 8, Wangen -45, Wilmshausen 2,10, Wilsdorf -45, Wittenberg 2,70, Weimar 4,65, Jena 4,65, 45, Reih 1,20.

Der Verbandsvorstand.

**Sterbefälle.**

Durch den Tod verlor der Verband folgende Mitglieder: Augsburg, (Stephach) Nik. Gottsmar, S. 693 a. Berlin, Karl Knauer, Maurer, 66 Jahre alt. Theodor Schütz, Hilfsarbeiter, 59 Jahre alt. Bunsdorf, Heinrich Freitag, Hilfsarbeiter, 69 Jahre alt. Robert Seidel, Hilfsarbeiter, 72 Jahre alt. Dessau, (Förster) H. Wachmann, 58 Jahre alt. Frankfurt a. M. (Hamburg-Rirdorf) H. Wehrhalm, Fabrik. Karl Pfäffling, 20 Jahre alt. Gera, Paul Adamik, Maurer, 20 Jahre alt. Hainrode, (Wroßberndt) Fr. Schmidt, M. 613 a. Hamburg, Joh. Schulz, Maurer, 46 Jahre alt. Rud. Vangermann, Wartenberg, 48 Jahre alt. Kattowitz, Franz Palus, 28 Jahre alt. Lychow, Gustav Kohlberg. Magdeburg, August Schellhaus. München, (Neuhäuser) R. Schilling, S. 443 a. (Obergiesing) Johann Walb, Hilfsarbeiter, 67 J. alt. (Wesling) J. Fischbach, Leipzig, 18 Jahre alt. Reutlingen, (Gajningen) Joh. Bolz, S. 283 a. Sletzing, Wilhelm Müller, 67 Jahre alt. (Chec ißrem Andanten)

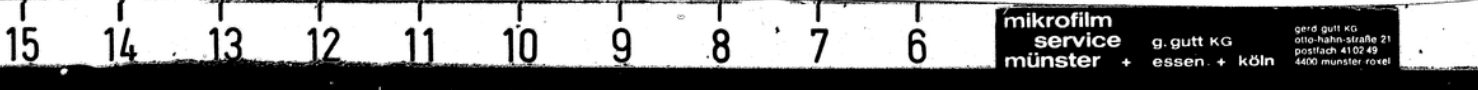
**Der Bezirksverein Halberstadt sucht zum 1. August einen Geschäftsführer.**

Verewer müssen mindestens 10 Jahre gewerkschaftlich organisiert, rednerisch und agitativisch befähigt sein. Bewerbungen sind in doppelter Ausfertigung unter Angabe des Berufs, des Alters und der bisherigen Tätigkeit in der Genossenschaftsarbeit unter Beifügung einer kurzen Beschreibung über die Aufgaben eines Geschäftsführers bis zum 15. Juli mit der Aufschrift „Bewerbung“ an H. Koch, Halberstadt, Gröperstr. 54, zu richten.

**Josef Zelatowski**, geboren in Lhern, wo jetzt die Straße Deine Adresse an Joh. Mansta, Redinghaus, Rumpst. 62.

**Versammlungen.**

Berlin 3. (Zentral-Krankenkasse) Dienstag, 18. Juli, abends 7 Uhr, bei Kempin, Köppler Straße 85. Tagesordnung: Kassen- und Revisionsbericht. Bericht von der Generalversammlung in Hannover. Tagesprogramm. Bericht des Mitgliedsbuch. Bericht als Mitglied. Wittenberg, (Krankenkasse) Sonntag, 18. Juli, vormittags 9 Uhr, im „Felskloster“. Wichtige Tagesordnung.



mikrofilm service münster + essen + köln gerd gull KG 0110-nhnh-strasse 21 0110-nhnh-strasse 21 4400 münster-rovel